Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

277 (26.11.1918)

Visual Library

No. 277. Karlsruhe, Dienstag den 26. November 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.20 M, ¼ jährl. 3.60 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.90 M; durch die Post 1.34 M bezw. 4.02 M; durch die Feldpost 1.35 M bezw. 4.90 M, vorauszahlbar

Ausgabe: Werktag mittags: Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß der Annahme ½9 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Amerika für die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln.

Eine neue Note Lansings.

Berlin, 25. Nov. (WTB. Amtlich.) Die deutsche Regierung erhält durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachstehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing:

„In der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 1. November erklärte der Präsident der Vereinigten Staaten, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen in dem Obersten Kriegsrat in Versailles in einem einstimmig gefaßten Beschluß den Völkern der Mittelmächte zugesagt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden soll, um sie mit Nahrungsmitteln zu versehen und um die traurige Not zu erleichtern, die an vielen Orten ihr Leben bedroht und daß Schritte unternommen werden sollten, dieses Hilfswerk in derselben Weise systematisch zu organisieren, wie dies im Falle Belgiens geschehen ist.

Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß sich durch die Verwendung der brachliegenden Tonnage der Mittelmächte die Furcht vor äußerstem Elend zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen und gefahrvollen Aufgaben des politischen Neuaufbaues zu widmen, denen sie jetzt überall gegenüberstehen. In diesem Sinne beauftragt mich der Präsident, zu erklären, daß er bereit ist, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wird und auch weiterhin aufrecht erhalten bleibt und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel unzweifelhaft garantiert wird."

*

WTB. London, 25. Nov. Reuter. Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover reist heute Morgen nach Paris ab.

Die Reichskonferenz.

WTB. Berlin, 25. Nov. Die Konferenz der deutschen Bundesstaaten begann kurz nach 10 Uhr im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais. Es waren etwa 70 Vertreter der Freistaaten erschienen, neben einigen früheren diplomatischen Vertretern, sehr viele bekannte Abgeordnete, die in der engeren Heimat die Regierung übernommen haben, und daneben noch unbekannte Männer, zum Teil im Matrosen- und Soldatenrock. Zwei lange Tische waren von den Vertretern besetzt, während am dritten die Staatssekretäre und Beigeordneten Platz nahmen. Die Verhandlungen wurden durch eine Rede des Vorsitzenden, des Volksbeauftragten Ebert, eröffnet. Er führte aus: Die Arbeit, welche uns hier vereint, ist von allergrößtem Interesse für unser Land und Volk. Als wir die politische Macht übernahmen, standen wir vor einem Trümmerhaufen. Nun ist an die Stelle der Monarchie die sozialistisch-republikanische Staatsform gesetzt worden, in der die Volksbeauftragten die Exekutive haben, während die politische Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt. Die nächsten Aufgaben sind schnellster Friede und Sicherung des Wirtschaftslebens. Wenn die Waffenstillstandsbedingungen nicht bald wegfallen, hat dies die schlimmsten Folgen. Die Rettung heißt Präliminarfrieden. Inzwischen muß jeder Arbeiter und jeder Soldat seine ganze Kraft für den Wiederaufbau einsetzen, denn die Freiheit wäre wertlos ohne Brot und ohne Arbeit. Alle Transportmittel müssen in den Dienst des Reiches gestellt werden. Die Kohlenbeförderung muß auf der Höhe gehalten werden; die Solidarität muß sich überall geltend machen. Die Sozialisierung ist eingeleitet, aber ohne Experimente und erstreckt sich nicht auf einzelne Fabriken, sondern auf ganze Gruppen nach genaueren Studien unter Sicherung der wirtschaftlichen Werte. Nun heißt es Arbeit schaffen, wozu die engste Einheit nötig ist. Die endgültige Regelung der Zusammenarbeit zwischen der Reichsleitung und den Bundesstaaten muß der Nationalversammlung vorbehalten werden, zu deren baldigster Einberufung wir entschlossen sind. Schon morgen wird das Kabinett das Wahlgesetz zur Nationalversammlung in Beratung nehmen. Vorerst muß ein Provisorium zwischen den Einzelstaaten und dem Reich geschaffen werden, was die Aufgabe der heutigen Sitzung ist.

Nach kurzer Debatte zur Geschäftsordnung sprach Staatssekretär Solf über unsere Beziehungen zu den bisherigen Gegnern und den östlichen Nachbarn, wobei er die Lage des Reiches als aufs äußerste bedroht darstellte, sowohl durch den nackten Vernichtungswillen unserer Gegner, als auch durch die separatistischen Bestrebungen im Innern. Er setzt alle Hoffnung auf die heutige Versammlung, die der Reichsregierung die Vertretung nach außen ohne Einschränkung anvertrauen muß und die Nationalversammlung so schnell wie möglich einberuft.

Nach ihm sprach Staatssekretär Erzberger über die Waffenstillstandsverhandlungen, worauf auf Antrag des Präsidenten Eisner über beide Referate gemeinsam diskutiert wurde. Als erster sprach Eisner, der mit scharfem Protest gegen beide Staatssekretäre als kompromittierte Vertreter der alten Zeit begann, deren Referate nicht im entferntesten merken lassen, daß in Deutschland inzwischen die Revolution ihre Arbeit getan hat.

Im übrigen sprach er sich für die schleunige Einberufung der Nationalversammlung aus.

In die Debatte griff eine Reihe der Vertreter der übrigen Bundesstaaten ein. Fast durchweg klang aus allen Reden der Wunsch heraus, das Deutsche Reich auf bundesstaatlicher Grundlage neu zu errichten. Um 1.20 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen, um nachmittags 3 Uhr fortgesetzt zu werden. Während der Pause fand ein Kabinettsrat statt. Wie das „B. T." erfährt, wohnt der deutsch-österreichische Gesandte Dr. Ludo Hartmann der Konferenz als Gast bei.

Im Verlaufe der Vormittagssitzung der Reichskonferenz der Bundesstaaten sprachen u. a. noch Lipinsky-Leipzig, Geigner-Gotha, Ullrich-Hessen, Heymann-Stuttgart. Ferner kamen noch die Regierungsmitglieder Bernstein, Landsberg, Kautsky zum Wort. In der Nachmittagssitzung wurde die schon am Vormittag begonnene allgemeine Besprechung fortgesetzt. Man hofft, noch im Verlaufe des heutigen Tages mit den Verhandlungen zu Ende zu kommen. Sie dürften ihren Abschluß in einer Kundgebung für Reichseinheit und die Nationalversammlung, und in der Forderung nach Schaffung einer Zentralgewalt eine Art Reichspräsidium finden, das bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung die Geschäfte zu führen hätte. Wie die „Nationalzeitung" erfährt, hat das Bestreben, im Interesse der Erhaltung der Reichseinheit die Reibungen zu beseitigen, den Gedanken nahegelegt, eine Umbildung der Regierung vorzunehmen und sie gleichzeitig durch Aufnahme süddeutscher Vertreter auf eine breitere Basis zu stellen. Ob zu diesem Zweck das Kabinett selbst neu gebildet werden wird, oder ob es zur Schaffung einer neuen obersten Instanz, eines Reichspräsidiums kommt, steht zurzeit noch nicht fest.

*

Wie wir erfahren, ist als weiterer Vertreter Badens von der badischen Volksregierung unser Genosse Reichstagsabg. Oskar Geck-Mannheim bestimmt worden. Die Vertretung Badens auf der Reichskonferenz in Berlin besteht also aus dem Ministerpräsidenten Geiß, dem Minister des Innern Dr. Haas und dem Reichstagsabg. Oskar Geck.

Die Entlassung aus dem Heere.

1. Vom 1. Dezember 1918 sind aus dem Heimatheer zu entlassen: Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1880 bis einschließlich 1896. Zur Aufrechterhaltung des notwendigsten Ordnungs-, Arbeits- und Bewachungsdienstes können die Mannschaften bis längstens 15. Dezember zurückgelassen werden, dann müssen sie durch jüngere ersetzt sein, die aus aufzulösenden mobilen Formationen frei werden.

2. Das Eintreffen einzelner mobiler Formationen in die Heimat hat begonnen. Alles muß getan werden, um diesen nach langer, schwerster Kriegszeit ins Vaterland zurückkehrenden Männern einen herzlichen Empfang zu bieten nicht nur der Gesamtheit in öffentlicher Art, sondern auch jedem einzelnen gegenüber in ernstem kameradschaftlichen Geiste. Vergessen wir nicht, was sie für die Heimat getan haben!

3. Soweit die in der Heimat eingetroffenen mobilen Formationen nicht zu Grenzschutz und Ordnungsdienst bestimmt sind, werden sie gemäß Erlaß vom 19. September 1918 d. Nr. 5252 18. D. M. sofort aufgelöst oder in den Friedensrahmen zurückgeführt. Alle Jahrgänge bis auf die Jahrgänge 1896 bis 1899 sind ordnungsgemäß zu entlassen. Die letzteren Jahrgänge sind in Ersatztruppen und Friedensformationen oder in diese selbst zu überführen, um dort ältere Jahrgänge zur Entlassung frei zu machen. Die Einzelheiten regeln die stellvertretenden Generalkommandos usw.

Der Kriegsminister.

J. A.: Reinhardt, Unterstaatssekretär Göhre.

Schule und Politik.

* Karlsruhe, 26. November.

In Karlsruhe wie in allen größeren Städten des deutschen Reiches ist es den Vertretern des alten Systems auf die Nerven gegangen, daß einige Gymnasiasten und Angehörige anderer Schulen sich den Schießprügel umgehängt und ein paar Tage Revolution mitgespielt haben. In München haben die Sekundaner und Primaner einer Lehranstalt Kurt Eisner Glückwunschtelegramme zugeschickt und in Dresden ist etwas ähnlich Ruchloses von Mädchen der höheren Töchterschule geschehen. Daraufhin ist nun von einigen Schulmännern die Gegenordre erfolgt: Politik gehört nicht in die Schule und die Lehranstaltszöglinge, welche sie betreiben, sind disziplinarisch zu bestrafen.

Die Parole der Trennung von Politik und Schule ist als Prinzip durchaus haltbar. Es ist Sache der Schule, ihren Angehörigen eine bestimmte Menge von Wissensstoff sowie ein bestimmtes Maß von Denkgeschick und formaler Ausdrucksfähigkeit zu vermitteln; etwa so viel, daß jede spätere Fachausbildung der praktischen Berufe wie der wissenschaftlichen Forschung an den von der Schule gelegten Fonds anzuknüpfen vermag. Das kann geschehen, ohne daß die Schüler zur Beschäftigung mit der Politik angehalten werden. Man kann sie wohl in die Interessensphären der einzelnen Parteien einweihen, aber vorsichtig und ohne polemische Absicht. Politik in der Weise treiben, daß die Schüler auf ein gewisses Programm hin eingedrillt werden, ist in der Tat pädagogisch unzulässig. Wer danach gehandelt hat, der werfe den ersten Stein auf die revolutionär sich betätigende Jugend. Man sollte doch wohl glauben, von den Schulmännern des alten Systems ist das am allerwenigsten geschehen. Die haben, natürlich auf Ordre von oben, Politik getrieben, daß es ihren Schülern schwarz-weiß vor den Augen geworden ist. Aus allen Bildungskanälen, die sich dafür eigneten, aus der Geschichte, wie aus der Religion und dem deutschen Unterricht floß politische Weisheit ab und diese Weisheit hatte stets die Gedankenrichtung, welche glattweg in das politische Allerheiligste des Junkers von Jannischau einmündete. Ganz frühe, so auf der Sexta, allwo das zukünftige Genie ganze zehn Jahre zählt, hat es mit dem politischen Drill vorbereitungsgemäß begonnen. Man bekam aus verlogenen Anekdoten und schlecht beglaubigten Berichten eine Vorstellung, welche ideale Musstergalerie die gesamte Korporalschaft der regierenden Herren von Karl dem Großen bis zu Wilhelm dem Gernegroßen gewesen ist. Das war die Grundnote, über welche späterhin ein Oberbau historischer Kenntnisse mit immer deutlichem Erklingen des Orgelpunktes: Monarchentreue, monarchische Gesinnung, errichtet wurde. So war's im Geschichtsunterricht. Der Religionslehrer sekundierte ihm mit dem Bibelspruch: „Du aber sollst untertan sein der Obrigkeit" und mit dem angeblichen Heilandsworte: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist", und mit einer Interpretation, welche direkt im Weißen Saale des Berliner Schlosses ausgearbeitet sein konnte. Hinterdrein kam der Ordinarius für den deutschen Unterricht und zeigte, wie man die tausendmal abgehetzte Sentenz „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an etc." aufzufassen habe. Der stramme Monarchist in dem aufdringlich aggressiven Sinn, wie er in Deutschland existierte, war fertig. Fertig war die Ueberzeugung, daß die Obrigkeit keine Vertreterin der Regierungsmacht, sondern die Verkörperin eines mystischen Heiligkeitsprinzipes von fragloser Geltung sei. Und darüber stand als eine in die Wolken hineinragende Pyramidenspitze von Heiligkeit, Unnahbarkeit, Majestät der Monarch; wie sein letzter überzeugtester Vertreter stets betonte, nur Gott verantwortlich, weil er von Gottesgnaden Monarch geworden ist.

Das war die Politik der Schule. In den letzten Jahren bekam sie noch ein Anhängsel im „Pfadfindertum", in der „Jugendwehr", in den Vereinen des „Jungdeutschland" wurde als praktische Ergänzung zur Erziehungsarbeit der Schule dem Geist noch die letzte Zustutzung im Kriegervereinssinn gegeben. Als diese Verbände unter der Protektion des Feldmarschalls von der Goltz ins Leben gerufen wurden, konnte man bei einiger Blickschärfe und bei dem geistigen Mut, die Konsequenzen der damaligen Spannungsverhältnisse zu ziehen, voraussagen, wohin die Bahn ging. Das alles war der Auftakt zum Weltkrieg und sein Anfangsakkord ließ sich hören, als das Jubiläumsjahr 1913 hundert Gedenkfeiern zeigte, wie nahe Deutschlands verbildete Jugend daran war, kriegerisch zu explodieren.

Ich habe in längerer Diensttätigkeit bei der hiesigen Postprüfungsstelle manche Einblicke in die geistige Verfassung vieler Tausender von Briefschreibern gewinnen können. Im Großen und Ganzen stößt man dabei auf das, worauf man bei Menschen gefaßt ist, wenn man sie unter dem Gesichtswinkel einer Nüchternheit betrachtet, die man sich im Schwabenalter und als viel herumgekommener Mann erworben hat. Die Dürftigkeit des Interesses, die Engstirnigkeit des Gesichtspunktes, die Philisterhaftigkeit und Schwungslosigkeit des täglichen Dahinlebens hat angesichts vieler individueller Erfahrungen, die früher schon gesch[illegible] waren, nichts Deprimierendes an sich. Stutzig gemacht hat mich eher schon die Tat-

sache, daß bei uns in Deutschland, dem viel gerühmten Land der vielen Schulen und des geringsten Analphabetentums auch noch nicht fünf Prozent der Briefschreiber einigermaßen orthographisch, geschweige stilistisch korrekt zu schreiben verstehen. Deprimiert haben mich jedoch die Explosionen einer seelischen Verfassung, die direkt aus der Kürassierstiefeltradition geschlüpft zu sein schienen. Der eine, ein Ubootfreiwilliger und Notabiturient, schwelgte mit halb sadistischer Ausmalung in den Wonnen, die ihm die miterlebte Versenkung mehrerer Passagierschiffe bereitet hat. Ein anderer, ein Leutnant, schimpft auf das „Altweibergesindel der Pazifistenbande" und empörte sich zu Anfang dieses Jahres darüber, daß die Regierung diesem „Pack" Gehör schenke, „anstatt solches Gelichter mit wuchtigen Tritten in den Hintern abzufertigen". Ein dritter schloß eine längere Renommistenepistel mit der unsagbar köstlichen Versicherung: „Deutsche Jungs sterben gern für ihren Kaiser". Da habt ihr Herren Schulmeister des alten Systems eure Erziehungsprodukte in Politur und frisch gewaschener Reinkultur. An diesen Früchten könnt ihr erkennen, was euer Religionsunterricht, euer Deutschunterricht und euere historische Belehrung so nebenbei — neben der Beibringung des sachlichen Lehrstoffes — angerichtet hat. Die Seele des Kindes, ursprünglich ein weißes Blatt Papier, ist, wenn der Schüler nun seine Abschlußprüfung bestanden hat, wenn die „höhere Tochter" die Schule verläßt, bedeckt mit ganzen Ladungen von Schriftzeichen, aus denen die monarchisch-knechtische Gesinnung, der Dünkel der mitbeherrschenden Klassen, das Mißtrauen gegen jedes Aufkommen demokratischer Ansprüche herauskreischt.

Das hat euere Schulpolitik zustande gebracht. Nun heißt es nicht Trennung von Schule und Politik, sondern den Teufel durch Beelzebub austreiben. Ihr brachtet den monarchisch-imperialistischen Katechismus in die Schule, werft ihn zum übrigen Plunder der verstaubten Monarchenromantik und führt einen neuen demokratischen Katechismus ein. Große Weisheiten braucht der auch nicht zu entfalten. Es ist ja überhaupt nicht Sache der Schule, ihren Zöglingen große Weisheiten beizubringen. In diesem Katechismus soll gesagt werden, daß es nicht vornehmste Staatsbürgerpflicht ist, als „deutsche Jungs für den Kaiser zu sterben"; es soll des weiteren gesagt werden, daß kein Obrigkeitsvertreter etwas anderes als ein Funktionsausüber ist und daß die Staatsbürgerpflicht jedem einzelnen gebietet, nicht stumm gehorchend den Dingen der Politik und den Obliegenheiten des gesamten Volkslebens gegenüber zu stehen, sondern denkend tätigen Anteil an ihnen zu nehmen. So selbstverständlich sich dieses Programm aus den neuen Verhältnissen ergibt, für die bisherige Schulpolitik bedeutet dieses die Revolution. Wer unter den Lehrkräften dazu nicht Neigung und Fähigkeit besitzt, soll abtreten oder sich passiv verhalten. Keinesfalls ist uns mit einer Parole geholfen, die jetzt Schule und Politik trennen will, nachdem deren Vereinigung in der oben charakterisierten Weise so namenlos viel Unglück über uns gebracht hat. O-n.

Deutsches Reich.

Der Bauernrat der Mark Brandenburg.

WTB. Berlin, 23. Nov. Der erste Bauernrat in der Mark Brandenburg hat sich nach dem „Vorwärts" in Bredereiche gebildet. Er fordert:

1. Bessere Volksernährung durch möglichst freiwillige Abgabe der Lebensmittel.
2. Eine Bauernwehr im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Volksernährung.
3. Mitwirkung der Bauernräte bei allen Entscheidungen des öffentlichen Wirtschaftslebens.
4. Mitarbeit in der Ueberführung des landwirtschaftlichen Großbesitzes in den Besitz der Bauern.
5. Rücksichtsloses Vorgehen gegen die bisherige Schonung der Großgrundbesitzer bei der Abgabe von Lebensmitteln, Vieh usw. zum schweren Schaden der Bauernwirtschaft.

Noch ein königlicher Durchhalter.

In der Dresdener Stadtverordneten-Versammlung verlangten die Sozialdemokraten Auskunft darüber, in welcher Weise und in welchem Umfang der abgesetzte König von Sachsen mit Lebensmitteln beliefert worden sei. In der Begründung teilte ein Stadtverordneter mit, daß unter anderm an die Hofküche zum Privatgebrauch des Königs geliefert wurden: **36 Pfund Butter und 80 Pfund Fleisch wöchentlich**; außerdem im Monat eine Extralieferung von **80 Pfund Fleisch**. In der Zeit vom 1. bis 28. September seien 50 Pfund Mehl, ferner in 14 Wochen 250 Pfund Zucker und in jeder Periode etwa 1200 Eier geliefert worden. Die Hofwirtschaft hatte wöchentlich 10 Pfund Butter und 150 Eier erhalten. Beim Besuch des Kaisers Karl von Oesterreich seien angefordert worden: 40 Pfund Butter und 40 Pfund Fleisch.

Prinzessin Mathilde habe **25 Pfund Fleisch wöchentlich erhalten**, zuletzt sei aber diese Menge um 5 Pfund „gekürzt" worden, weil sie ein Schweinchen geschlachtet habe. Ferner wäre ihr 7½ Pfund Butter wöchentlich und 105 Pfund Zucker in jeder Periode zugeteilt worden. Von ihrem umfangreichen Hühnerhof habe sie nicht ein Ei abgeliefert.

Dem Minister des Innern, Grafen Vitzthum, der besonders zum strengen Durchhalten ermahnt hatte, seien eine Reihe Extralieferungen zu — Repräsentationszwecken zugeteilt worden. Das Hotel Bellevue, in dem auch viele Angehörige des Hofes verkehrten, habe monatlich 250 Pfund Mehl, 100 Pfund Fett, 150 Pfund Zucker, 6 Pack Süßstoff, 2500 Eier und 100 Pfund Nährmittel erhalten.

Oberbürgermeister Blüher erklärte hierzu, daß alles seinen rechtmäßigen Gang gegangen sei. Ein Monarch habe Repräsentationspflichten, auch ein Präsident der Republik habe solche. Die Reichs- und Landesstellen hätten die Sonderlieferungen an den Hof genehmigt, so daß die Stadtverwaltung kaum ein Vorwurf treffe. Im Hofzug des Königs wurden übrigens 7 Kannen Petroleum, **23 Zuckerhüte, 2 Sack Kaffee, 730 Pfund Mehl, 376 Kerzen** und **29 Schock Eier** beschlagnahmt.

Friedrich August, der bisher das Geschäft des Königs von Sachsen betrieb, hat das „Durchhalten" ganz gut verstanden. Aber ebenso gut das Entsagen. Denn, wie die Chemnitzer „Volksstimme" mitteilt, hat er auf die Forderung, abzudanken, mit der ebenso klassischen wie höfischen Redensart geantwortet: „Wenn Ihr nicht wollt, dann macht Euern Dreck alleene!" —

Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung.

Die Entwicklung der Dinge im Westen haben die Kohlenzufuhren aus dem Saargebiet ganz, aus den rheinisch-westfälischen Kohlenbecken teilweise von Mittel- und Ostdeutschland abgesperrt. Deutschland ist heute zu einem sehr großen Teile auf die Zufuhr von Oberschlesien angewiesen. In einzelnen Teilen Deutschlands macht sich bereits Kohlenknappheit bemerkbar. Meldungen darüber liegen vor aus Magdeburg und aus Cassel; beide Städte sind in den letzten Tagen teilweise ohne Licht gewesen.

Gesetzgebungstechnik ohne Konstituante.

Die Regierung stößt vor dem Zusammentritt der Konstituante als der eigentlich rechtmäßig legislativen Gewalt auf die größten Hindernisse bei der Gesetzgebung. Wie soll man einer Verordnung Gesetzeskraft geben, die nicht ordnungsgemäß beschlossen und kundgemacht ist? Wie soll der Richter nach einem nicht rechtmäßig beratenen Gesetz oder nach einer Verordnung urteilen, die nicht auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes von einer zuständigen Behörde erlassen ist. Gewiß läßt sich sehr viel durch brutale Gewalt erreichen. Aber die Gewalt erschüttert den Rechtssinn und führt damit eine Verwilderung der Auffassungen von den öffentlichen Pflichten herbei, die für alle Bevölkerungskreise gleich verhängnisvoll werden kann.

Die Sozialisierung. Die Kommission, welche die Volksbeauftragten zur Erstattung eines schleunigen Gutachtens darüber eingesetzt haben, welche Betriebe sofort vergesellschaftet werde sollen, wird aus Professor Ballod, Prof. Ernst Francke, Walter Rathenau, Privatdozent Dr. Lederer, Dr. Vogelstein, Dr. Rudolf Hilferding, Karl Kautsky, Heinrich Cunow und Otto Hué bestehen. Es ist möglich, daß noch weitere Mitglieder hinzugezogen werden.

Soziale Rundschau.

Gegen die Mietsteigerungen. Ueber die Mietsteigerungen gibt der Staatskommissar für das Wohnungswesen in einem Erlasse Richtlinien und Erläuterungen zu der neuen Mieterschutzverordnung. Ueber die Mietsteigerungen besagt der Erlaß folgendes:

„Da in den Kreisen der Mieter vielfach unrichtige Anschauungen darüber herrschen, wird ausdrücklich festgestellt, daß der Mieter das Verlangen des Vermieter nach höherem Mietzins, solange der Mietvertrag nicht gelöst ist, ohne weiteres zurückweisen kann. Will der Vermieter sein Verlangen nach höherem Mietzins durchsetzen, so muß er zur Kündigung schreiten. Da die Kündigungen der Nachprüfung und in besonderen Fällen sogar der Vorprüfung des Mietseinigungsamtes unterliegen, so ist damit den Aemtern ein wesentlicher und ausreichender Einfluß auf die Gestaltung der Mieten eingeräumt. Bei der Prüfung der Mietzinssteigerungen wird in erster Linie der objektive Wert der Wohnung zugrunde zu legen sein. Dabei wird meist von den Friedensmieten in der Weise ausgegangen werden können, daß dem Vermieter für die Steigerung der Hypothekenzinsen die erhöhten Anwendungen für die Instandhaltung des Grundstücks usw. ein hinreichender Aufschlag zugebilligt wird. Die Rücksicht auf die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Parteien ist zwar nicht außer acht zu lassen. Sie darf aber nicht allein ausschlaggebend sein. Besonders wird darauf Rücksicht zu nehmen sein, daß nicht Familien wegen Kinderreichtums Wohnungsschwierigkeiten ausgesetzt werden."

Wohnungswucher. Jene, die es sich leisten könnnen, die Preise immer weiter in die Höhe zu treiben, und denen die Verbraucher es zu danken haben, daß trotz der Anreizpolitik sozusagen doch nicht genügend Ware geliefert wird, weil auch die Anreizpreise immer noch überboten werden, fangen nun auch an, die Wohnungspreise in die Höhe zu treiben. Bezeichnend für diese Verhältnisse ist ein Inserat aus der „Berlin-Wilmersdorfer-Zeitung", auf das der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen aufmerksam macht: „2—3 Zimmerwohnung, 1500—1800 Mark, mit allem Komfort per April oder früher gesucht. Offerten Knittel, Wilmersdorf, Nassauische Str. 1. Für Vermittler hohe Provision." Das Mieteinigungsamt täte gut, die Veröffentlichung solcher Gesuche zu verbieten, die sicherlich nicht ohne Einfluß auf die Bemessung der Mieten sein werden.

Aus der Partei.

Parteikonferenz in Freiburg. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, findet nächsten Donnerstag, den 28. November, mittags 1 Uhr eine Parteikonferenz in Freiburg statt. Die Organisationen der Bezirksämter Offenburg-Gengenbach, Oberkirch und Kehl haben dazu ihre Delegierten zu entsenden. Die Konferenz findet an einem Werktag statt, damit der nächste Sonntag ausgiebig zur Versammlungsagitation ausgenützt werden kann. Sofern eine Organisation keine schriftliche Einladung erhält, gilt diese Bekanntmachung als Einladung.

r. **Bretten**, 25. Nov. Eine auf letzten Sonntag, 24. d. M., in das Gasthaus zur „Stadt Pforzheim" einberufene Volksversammlung war von der hiesigen Bevölkerung stark besucht. Als Redner war zuerst Justizminister Ludwig Marum aus Karlsruhe vorgesehen, der jedoch in letzter Stunde am Erscheinen verhindert war. An seiner Stelle sprachen Stadtrat Dr. Kullmann sowie als Vertreter des A.- u. S.-R. Karlsruhe, Gen. Erb aus Karlsruhe. Beide sprachen über „Die deutsche Revolution und das badische Volk"; sie ernteten mit ihren packenden Ausführungen reichen Beifall. Die Versammlung schloß mit einem kräftigen dreifachen Hoch auf die neue badische Volksrepublik. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute in der „Stadt Pforzheim" in Bretten tagende Versammlung begrüßt freudigen Herzens die in Deutschland und auch in Baden erwachte Freiheit und die Volksrepublik.

Sie nimmt Kenntnis von der Bildung der A.S.R. und deren die Republik fördernde, der Volkswohlfahrt dienenden Tätigkeit.

Sie erkennt die Notwendigkeit, auch hier in Bretten einen Arbeiter- und Soldatenrat zu bilden, an, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Versammlung stellt sich geschlossen hinter die A.- u. S.-Räte und mit diesen hinter die gegenwärtige vorläufige Volksregierung.

Entsprechend der in dieser Resolution enthaltenen Forderung betreffend Gründung eines Arbeiterrats hat sich ein solcher bereits gestern abend konstituiert, er setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Munding Josef, Gillardon Leonhard, Begero Karl, Merkle Hermann, Pfitzner Karl, Satorius Philipp, Fahrer Christian, Moline Adolf, Büchler Leopold, Helmedach Heinrich.

Dem Arbeiterrat ist jede Mitarbeit seitens anderer hier befindlichen Organisationen erwünscht. Der Landesverband der Staats-, Gemeinde- und Postbeamten hat sich bereits dem Arbeiter- und Soldatenrat in Karlsruhe angeschlossen. Die Mitarbeit der hier bestehenden Zweigvereine ist uns daher willkommen. Insbesondere legen wir Wert darauf, daß auch der neugegründete Bauernrat sich zur gemeinschaftlichen Arbeit mit uns zusammenfinde. Anfragen und Auskunft bei: J. Munding jederzeit zu erhalten.

Mein Onkel Benjamin.

Roman von Claude Tillier. 66

(Fortsetzung.)

„Und in welchem Hause," entgegnete mein Onkel, „gibt es keine Lücke? Wer hätte keinen Friedhof, keinen Rasenhügel, die er jährlich besuchte, um fromme Tränen zu vergießen? Und wer unter dieser so rosafarbenen und golden schimmernden Volksmenge auf den Straßen der Stadt trüge nicht irgend ein Trauerzeichen an sich? Wenn die Söhne alt werden, sind sie dazu verurteilt, ihre alten Eltern in das Grab zu legen; sterben sie dagegen in der Blüte der Lebensjahre, so lassen sie eine trostlose Mutter neben ihrem Sarge auf den Knien zurück. Glauben Sie mir, die Augen des Menschen sind weniger zum Sehen als zum Weinen geschaffen und jedes Herz hat seine Wunde, wie jede Blume ihren Wurm hat, der an ihr nagt. Aber Gott hat unserem Lebenswege auch Vergessenheit verliehen, der der Tod langsamen Schrittes folgt, der Tod, welcher die von ihm gezeichneten Grabschriften verwischt und die von ihm geschlagenen Wunden wieder heilt. Wollen Sie, mein lieber Herr Minxit, einem guten Rate folgen? Essen Sie Karpfen an den Ufern des Genfer Sees, Macaroni zu Neapel, trinken Sie Xeres-Wein zu Cadix und verzehren Sie Eis zu Konstantinopel; in einem Jahre werden Sie eben so rund und bauschäckig zurückkehren, wie Sie vorher waren."

Herr Minxit ließ meinen Onkel schwatzen, so viel er wollte und sagte zu ihm, als er geendet hatte:

„Wie viele Tage habe ich noch zu leben, Benjamin?"

„Was sagen Sie?" rief mein Onkel, über die Frage bestürzt und im Glauben falsch gehört zu haben.

„Ich frage dich," wiederholte Herr Minxit, „wie viel Tage mir noch zu leben bleiben?"

„Zum Teufel!" erwiderte mein Onkel, „das ist eine Frage, die mich sehr in Verlegenheit setzt. Einerseits möchte ich Ihnen eine Gefälligkeit nicht abschlagen; andererseits aber weiß ich nicht, ob mir die Klugheit gestattet, Ihren Wunsch zu erfüllen. Man kündigt dem zum Tode Verurteilten die Zeit seiner Hinrichtung nur wenige Stunden vorher an, und Sie . . ."

„Es ist," fiel ihm Herr Minxit ins Wort, „ein Dienst, den ich deiner Freundschaft auferlege, weil du allein ihn mir leisten kannst. Der Reisende muß wohl wissen, zu welcher Stunde er aufzubrechen hat, damit er seinen Mantelsack packen kann."

„Sie wollen es also offen und aufrichtig wissen, Herr Minxit? Geben Sie mir Ihr Ehrenwort darauf, daß Sie über das Urteil, welches ich Ihnen aussprechen werde, nicht erschrekken wollen?"

„Ich gebe dir mein Ehrenwort darauf," versetzte Herr Minxit.

„Nun wohl!" sagte mein Onkel, „ich will so offen sein, als ob es sich um mich selbst handelte."

Er prüfte das vertrocknete Gesicht des Greises, untersuchte seine matte Pupille, in der nur noch ein schwacher Lebensschein flimmerte, befragte seinen Puls, als ob er dessen Schläge mit seinen Fingern gehört hätte und beobachtete einige Zeit Schweigen; dann sagte er:

„Es ist heute Donnerstag," sagte er, „nun wohl, am Montag wird in Corvol ein Haus mehr in Trauer sein."

„Sehr gut diagnosiert," versetzte Herr Minxit. „Was du mir soeben gesagt hast, dachte ich, wenn du die Gelegenheit findest, dich bekannt zu machen, so sage ich dir vorher, daß du eine unserer medizinischen Berühmtheiten abgeben wirst. Aber der Sonntag gehört mir doch noch ganz?"

„Er gehört Ihnen von Anfang bis zu Ende, falls Sie nicht tun, was das Ziel Ihrer Tage beschleunigt."

„Ich verlange nicht mehr," entgegnete Herr Minxit. „Erweise mir noch die Gefälligkeit, unsere Freunde auf den Sonntag zu einem Festessen einzuladen; ich will nicht mit dem Leben zerfallen aus ihm scheiden, sondern ihm mit dem Glase in der Hand Lebewohl sagen. Du mußt darauf bestehen, daß sie meine Einladung annehmen und es ihnen im Notfalle als eine Pflicht an das Herz legen."

„Ich werde Sie persönlich einladen und bin überzeugt, daß keiner von ihnen ausbleiben wird."

„Jetzt laß uns zu etwas anderem übergehen. Ich mag nicht auf dem Kirchhofe der Gemeinde beerdigt werden; er liegt in der Tiefe, ist kalt und feucht, und der Schatten der Kirche breitet sich wie ein Trauerflor über seine ganze Fläche; es würde mir an diesem Orte nicht gefallen und du weißt, ich liebe meine Bequemlichkeit. Ich wünsche, daß du mich auf meiner Wiese begräbst, am Ufer dieses Baches, dessen Plätschern mir so große Freude macht." Er riß eine Handvoll Gras ab und fuhr fort: „Hier möge man mir meine letzte Ruhestätte graben. Lege hier eine Laube von Wein und Geisblatt an, damit es dem Grün auch nicht an Blüten fehle, und komme mitunter hierher, um an deinen alten Freund zu denken. Damit du öfter hierher kommst, und auch damit man meinen Schlaf nicht störe, vermache ich dir dieses Gut sowie meine übrigen Ländereien, aber unter zwei Bedingungen, erstlich, daß du das Haus, welches ich leer zurücklasse, bewohnst und sodann, daß du dich meiner Kunden annimmst, wie ich es seit dreißig Jahren getan habe.

„Ich nehme dieses doppelte Erbe mit Dankbarkeit an," sagte mein Onkel, „aber das sage ich Ihnen zuvor, daß ich die Märkte nicht besuchen will."

„Zugestanden," versetzte Herr Minxit.

„Was Ihre Kunden anlangt," fügte Benjamin hinzu, „so werde ich sie gewissenhaft nach dem Tissotschen System, welches mir auf Vernunft und Erfahrung gegründet zu sein scheint, behandeln. Der erste, der in die Grube gelegt werden wird, soll Ihnen von mir Nachricht geben."

„Es wird mir in der Abendkühle kalt; es ist Zeit, diesem Himmel, diesen alten Bäumen und diesen singenden Vögeln, die mich nicht wiedersehen werden, Lebewohl zu sagen, denn wir werden erst den Montag früh hierher zurückkommen."

(Fortsetzung folgt.)

g. **Wahlkreis Karlsruhe, Pforzheim, Baden.** Am morgigen Mittwoch tritt in Karlsruhe eine Tagung von sozialdemokratischen Vertretern aus dem ganzen großen (dritten) Kreis für die badischen Nationalwahlen zusammen, um die Vorbereitungen für alle notwendigen Wahlarbeiten zu treffen. Es wird alsdann der Ruf an alle Parteigenossinnen und Parteigenossen ergehen, sich für die verhältnismäßig kurze Zeit bis zu den Wahlen der Parteileitung tatkräftig zur Verfügung zu stellen.

*

Gaggenau, 24. Nov. Die letzte Parteiversammlung beschäftigte sich eingehend mit der Presse. Da von verschiedenen Seiten wiederholt Klage geführt wurde über die unregelmäßige Zustellung des „Volksfreund", wurde beschlossen, die hiesige Filiale ab 1. Dezember dem Gen. Julius Kaufmann zu übertragen. Bestellungen auf den „Volksfreund" werden von allen Parteigenossen entgegengenommen. Reklamationen und Beschwerden über Zustellung des Blattes sind entweder direkt an Gen. Kaufmann oder an den Parteivorsitzenden Gen. Rommel zu richten. Ebenso ist alle andere Parteiliteratur durch Gen. Kaufmann zu beziehen.

Der Rückmarsch des Heeres.

b. **Dürrheim** (A. Villingen), 25. Nov. Am Samstag zogen vom Felde kommende Truppen, eine bayerische Maschinengewehr-Komp., sowie Teile eines württembergischen Landwehr-Inf.-Regiments durch unsern Ort. Dürrheim selbst ist festlich beflaggt, ebenso auch die Kurhäuser, sowie das Landes- und Kinderfolbad. Die Truppen wurden von der Bevölkerung und den Kurgästen auf das Lebhafteste begrüßt. Die Soldaten hatten im allgemeinen ein gesundes Aussehen und waren freudig gestimmt. Die Bayern gehen nach München, die Württemberger nach Stuttgart, woselbst sie dann in ihre engere Heimat entlassen werden.

Mannheim, 24. Nov. Nachdem bisher hier die Truppenbewegung nach der Heimat mehr auf dem Bahnhof in die Erscheinung getreten war, begannen heute die großen Durchzüge. Den Anfang machte die 106. österreichische Infanteriedivision. Die Oesterreicher, die aus der Pfalz kamen, fanden einen überaus warmen Empfang. Die Straßen prangten in reichem Fahnenschmuck. Man stellte Tabak, Zigarren, Lebensmittel usw. zur Verfügung. Die Division schlug die Richtung nach der Bergstraße ein. Auf dem Fuße folgte das deutsche Sturmbataillon Nr. 14, das durch sein ausgezeichnetes Aussehen sowie durch die gute Marschordnung einen vortrefflichen Eindruck machte. Am Dienstag kommt die 5. württembergische Landwehrdivision hier durch.

WTB. **Ludwigshafen a. Rh.**, 25. Nov. Der Durchzug der vom Westen kommenden Truppen durch Ludwigshafen und der gleichzeitige Uebergang über den Rhein nahmen gestern ihren Anfang. Die Stadt hat reichen Flaggenschmuck angelegt. Eine überaus zahlreiche Menschenmenge durchzieht die Straßen. Die Truppen werden lebhaft begrüßt. Den ganzen Sonntag Vormittag durchzogen österreichische Truppen die südliche Stadt. Die Truppen empfinden es doppelt angenehm, von der Einwohnerschaft mit heißen Getränken und Eßwaren bewirtet zu werden. Gegen 1 Uhr mittags kamen deutsche Minenwerferabteilungen durch die Stadt. Alle Truppen nehmen ihren Weg durch die Nachbarstadt Mannheim, die gleichfalls im Festkleide prangt, nach Heidelberg, von wo sie teilweise mit der Eisenbahn weiter befördert werden. Die ganz nächste Woche werden weitere Truppenzüge über den Rhein erwartet.

Vertretertag der Truppen-Soldatenräte in Ems.

WTB. **Berlin**, 24. Nov. Der Vollzugsausschuß des Soldatenrats bei O. H. L. erläßt heute auf vielfältige dringende Aufforderung von Frontsoldaten folgenden Aufruf:

An alle Soldatenräte der Heeresgruppen des Armee-Oberkommandos der West-, Ost- und Südostfront zur schleunigsten Weiterleitung an die unterstellten Generalkommandos und Divisionen: In zahlreichen Kundgebungen von Soldatenräten des Feldheeres kommt zu uns der dringende Wunsch auf sofortige Einberufung des allgemeinen Vertretertages der Truppen-Soldatenräte, deren Stimme bei der Neugestaltung der Dinge im Reich nicht überhört werden soll. Einen solchen Vertretertag berufen wir hiermit auf den 1. Dezember, vormittags 9 Uhr, nach Bad Ems ein. Jede Division, jedes Generalkommando, Armee-Obrkommando und jede Heeresgruppe — die drei letzteren für die ihnen unmittelbar unterstehenden Truppen — wollen je einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter entsenden. Die Vorbereitungen zu der Tagung übernimmt der Soldatenrat bei der O. H. L. Der Raum der Tagung wird am Bahnhof Bad Ems noch bekannt gegeben. Soldatenräte! Werbet und sorgt dafür, daß jede Division durch einen aus der Truppe gewählten Vertrauensmann vertreten ist. Es handelt sich um eine eintägige Zusammenkunft.

Baden.

Die Zuständigkeit der badischen vorläufigen Volksregierung. Nach einer Verordnung der badischen vorläufigen Volksregierung geschehen alle diejenigen Regierungshandlungen, die bisher durch den Landesherrn oder das Staatsministerium oder den Landesherrn und die Landstände erfolgten, jetzt durch die badische vorläufige Volksregierung. Die Beschlüsse und Verfügungen der badischen vorläufigen Volksregierung werden beurkundet durch Unterschrift des Präsidenten und des zuständigen Ministers. Diese können andere Mitglieder der Regierung mit ihrer Vertretung beauftragen.

* **Ueber die Erwerbung der badischen Staatsangehörigkeit** machte Justizminister Marum in der Mannheimer Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte folgende Mitteilung: Die badische vorläufige Regierung hat bestimmt, daß bis 4. Januar jeder badische Landesangehörige kostenlos die Staatsangehörigkeit erhält und daß keine Erhebungen durch die Bezirksämter notwendig sind; die Militärpapiere dienen als genügender Ausweis. Selbstverständlich ist, daß jeder Soldat, auch wenn er Uniform trägt, wählen darf. In den Lazaretten sind Wahlkommissionen vorgesehen, damit auch diese Soldaten ihr Wahlrecht ausüben können.

Ein bedauerlicher Vorfall ereignete sich Freitag morgen im Mannheimer Kriegsgefangenenlager. Aus bisher nicht völlig geklärten Motiven, angeblich weil er von Gefangenen geneckt und mit Steinen beworfen worden sei, machte ein deutscher Wehrmann von der Schußwaffe Gebrauch, wobei er zwei Gefangene schwer verletzte. Wie nachträglich bekannt wird, sind diese inzwischen ihren Verletzungen erlegen. Dieser Vorfall verursachte unter den Gefangenen des Lagers große Aufregung, die in Meuterei auszuarten drohte. Den besonnenen Elementen auf beiden Seiten gelang es jedoch, bald wieder die Ruhe herzustellen. Im Verlaufe des Nachmittags nun, erschien eine Deputation von Gefangenen des Lagers vor dem Vollzugsausschuß des Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrats, um diesem ihre Wünsche und Beschwerden vorzutragen und um seine Mithilfe zu bitten. Sie trug bei dieser Gelegenheit eine Reihe von inzwischen ausgearbeiteten Forderungen vor. Als Ergebnis dieser Besprechungen wurde den Gefangenen die Einführung einer neuen Lagerordnung zugesichert. Innerhalb des Lagers werden die Gefangenen in Zukunft selbst für Disziplin sorgen, die Ausgangspforten werden gemeinschaftlich durch deutsche und französische Posten besetzt. Außerdem wird den Gefangenen erlaubt, in Trupps von je zehn Mann unter Führung eines Unteroffiziers der eigenen Nation, der für ein geordnetes Verhalten seiner Leute bürgt, sich frei in der Stadt zu bewegen. Es soll ihnen, soweit irgend möglich, die Besichtigung von Museen, Sammlungen und Schulen gestattet sein. Um 5 Uhr muß alles wieder im Lager sein. Der bisherige Lagerkommandant, Generalmajor Röhrich, tritt von seinem Posten zurück. Alle Arrestanten, soweit sie sich keine unehrenhaften Handlungen zuschulden kommen ließen, werden freigelassen. Die Lagerverwaltung wird aus dem Lager selbst in die Stadt verlegt, den kriegsgefangenen Russen wird eine Revision der Küchenverhältnisse und tunlichste Beschleunigung ihres Abtransports in die Heimat zugesagt. Auf Wunsch der Gefangenen werden außerdem die Maschinengewehre aus der Umgebung des Lagers entfernt. In einer Ansprache versicherte der Vorsitzende des Vollzugsausschusses den Gefangenen, daß das deutsche Proletariat in ihnen niemals Feinde, sondern Leidensbrüder gesehen habe. — Bei der Beerdigung der beklagenswerten Opfer wird der Vollzugsausschuß des A.- u. S.-R. durch ein Mitglied vertreten sein, außerdem werden sämtliche dienstfreien Mitglieder der Volkswehr gebeten, sich an der Trauerfeier zu beteiligen, um so das Mitgefühl des durch den A.- u. S.-R. vertretenen Proletariats auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen.

Eine Mahnung an die Bauernmädchen.

WTB. **Freiburg i. Br.**, 23. Nov. Der badische Bauernverein erläßt einen Aufruf an seine Mitglieder, worin er die Bauernmädchen bittet, jetzt daheim zu bleiben und nicht in die Stadt zu ziehen, damit die weiblichen Arbeitskräfte in der Stadt, welche jetzt durch heimkehrende Krieger ihre Stellungen auf den Büros, bei der Post und bei der Bahn aufgeben müssen, wieder Arbeitsgelegenheit finden. Es gibt zurzeit keine größere Sorge als die Arbeitsbeschaffung für die zurückkehrenden Soldaten. Von ihrer Durchführung hängt wesentlich die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ab.

* **Durlach**, 24. Nov. Am Freitag abend ist ein von Karlsruhe kommendes Militär-Lastauto vollständig verbrannt. Der Inhalt des Gefährts konnte geborgen werden.

* **Kehl**, 24. Nov. Die Rheinbrücke wird auf elsässischer Seite von einer Kompagnie des französischen 47. Linienregiments unter dem Kommando eines Hauptmanns und zweier Leutnants bewacht. Am Freitag überflogen zwei französische Flugzeuge mehrmals Kehl und Umgebung.

* **Lahr**, 24. Nov. Ein Großfeuer äscherte, wie wir der „Lahrer Zeitung" entnehmen, am Samstag in der Morgenfrühe die Betriebsanlagen der Essig- und Spritfabrik Friedrich Frank vollständig ein. Die Löschmaßnahmen der freiwilligen Feuerwehr waren durch die herrschende Kälte (— 6 Grad) sehr erschwert. Der Brand ist allem Anschein nach durch die Feuerungsanlagen der Fabrik entstanden. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

WTB. **Freiburg**, 23. Nov. Die Städte Freiburg, Lahr, Offenburg und Emmendingen vereinbarten, das von ihnen ausgegebene Notgeld gegenseitig als Zahlungsmittel anzuerkennen.

* **Neuenburg**, 24. Nov. Die Rheineisenbahnbrücke ist auf elsässischer Seite mit französischen Posten, auf unserer Seite mit deutschen besetzt. Es findet ein beschränkter Fußgängerverkehr über die Brücke statt.

* **Wiesloch**, 24. Nov. Einige Händler suchten Soldaten des bayerischen Feldartillerieregiments Nr. 20, das hier einige Tage lag, zum Verkauf von Pferden zu verleiten. Nachdem sie den Kaufpreis bezahlt hatten, mußten sie schleunigst Reißaus nehmen, da man ihnen auf der Spur war.

Heidelberg, 24. Nov. Die 73 Jahre alte Privatin Anna Leiser wurde im Gange ihrer Wohnung vor der offenstehenden Küchentür tot aufgefunden, während ihr Sohn im Zimmer nebenan bewußtlos lag. Der Unfall wurde durch ausströmendes Gas verursacht. Der Sohn, der sofort nach dem Akademischen Krankenhaus verbracht wurde, befindet sich außer Lebensgefahr.

Mannheim, 24. Nov. Bei durchreisenden ungarischen Truppen wurden durch die Verpflegungsanstalt Neckarau acht Ochsen und 12 Schweine entdeckt. Als die Beschlagnahme dieser wertvollen erworbenen Tiere erfolgen sollte, widersetzten sich die Ungarn und drohten, Maschinengewehre in Tätigkeit zu setzen. Das Vorhaben scheiterte an dem energischen Eingreifen der Volkswehr.

Kommunalpolitik.

n. **Gaggenau**, 24. Nov. In der am Freitag, 22. Nov., stattgefundenen Bürgerausschußsitzung standen 5 Punkte auf der Tagesordnung. 1. Verkauf von 24 ar 36 qm Wiesen im Gewann obere Bruchwiese an die hiesige Heimstättenbaugenossenschaft. Die Bürgerpartei stellte hierzu den Antrag, der Baugenossenschaft die Auflage zu machen, innerhalb 5 Jahren das Gelände zu verbauen, andernfalls das Gelände wieder an die Gemeinde zum Ankaufspreis zurück zu geben ist; mit diesem Antrag sollen Spekulationen verhindert werden. In namentlicher Abstimmung erfolgte einstimmige Annahme der Vorlage. Punkt 2 betraf Erhöhung der Gaspreise. Zur Begründung wies Herr Bürgermeister Kohlbecker auf die weitere Erhöhung der Kohlenpreise sowie auf die Steigerung der Arbeitslöhne hin; eine Erhöhung des Gaspreises um 2 Pfg. für den Kubikmeter für alle Abnehmer sei unbedingt nötig. Auch dieser Punkt fand einstimmige Annahme. Punkt 3 betraf Erhöhung der Wasserpreise. Da mehr als ein Drittel des hier nötigen Wassers gepumpt werden muß und nach vorgenommener Berechnung das gepumpte Wasser auf 27 Pfg. das Kubikmeter zu stehen kommt, sollen die neuen Wasserpreise wie folgt ab 1. Dezbr. ds. Js. festgesetzt werden: Für die Ortseinwohner 15 Pfg. pro Kubikmeter, für Benzwerke 25 Pfg pro Kubikmeter. Der Mindestsatz für 1 Hahnen beträgt 4,50 Mk. halbjährlich. Auch diese Vorlage fand einstimmige Annahme. Punkt 4: Geländeaustausch mit der Firma Benzwerke Gaggenau wurde einstimmig angenommen. Punkt 5 betraf die Bewilligung von Kriegsteuerungszulagen für das Jahr 1918 an die Gemeindebeamten und Angestellten. Von unserer Seite wurde in der Aussprache darauf hingewiesen, daß man auch hier wieder die Gaswerk- und Gemeindearbeiter vergessen habe; weiter wurde verlangt, daß für die Nachtschicht im Gaswerk pro Stunde 1 Mk. nebst der Teuerungszulage zu bezahlen ist. Treffend führte Gen. Heil an, daß man auch den Arbeitern Kinderzulage gewähren dürfte, da ja auch die Arbeiterkinder schließlich den Hunger gleich verspüren wie die Kinder der Beamten. Weiter beantragte Gen. Heil namens der sozialdem. Fraktion, daß den Gasarbeitern eine einmalige Zulage von 250 Mk. und den Gemeindearbeitern eine solche von 150 Mk. gewährt werden. Der Bürgermeister versprach, in befürwortendem Sinne beim Gemeinderat für den Vorschlag einzutreten. Die Teuerungszulage für Beamte und Angestellte fand hierauf einstimmige Annahme.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Herr Bürgermeister Kohlbecker des auf dem Felde der Ehre gefallenen Bürgerausschußmitgliedes Vogt, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben. — Zu erwähnen wäre noch, daß die Sitzung mit einer halben Stunde Verspätung und erst nachdem noch einige Herren mit Mühe und Not beigebracht worden waren, damit die Sitzung überhaupt beschlußfähig war, eröffnet werden konnte. Diese Bummelei zeugt von seinem allzugroßen Pflichtbewußtsein; auch aus Rücksicht auf die andern Bürgerausschußmitglieder, die ihre Zeit nicht gestohlen haben, kann man ein pünktliches Erscheinen aller Ausschußmitglieder verlangen.

Der empfindliche Bürgermeister. In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses von Kehl bot Bürgermeister Dr. Weiß seine Amtsniederlegung an, weil er durch den Arbeiter- und Soldatenrat behindert werde in seiner Amtsführung. Der Bürgerausschuß beschloß jedoch eine Vertrauenskundgebung für das Stadtoberhaupt.

Oeffentliche Versammlung der „Unabhängigen".

Sonntag früh hielten die unabhängigen Sozialdemokraten im Kolosseum eine öffentliche Volksversammlung ab, die sich eines recht guten Besuchs zu erfreuen hatte. Anstelle des ursprünglich als Redner vorgesehenen Abg. Gen. A. Geck, der im letzten Augenblick durch anderweitige Inanspruchnahme verhindert wurde, sprach der Minister für militärische Angelegenheiten in der badischen Volksregierung, Brümmer, über die politische Lage. Der Redner gab in einer ausgezeichneten Schilderung zunächst ein Bild der gegenwärtigen Verhältnisse, um dann im Anschluß daran die Forderungen, die das Volk und die Sozialdemokratie weiterhin stellen, darzulegen. Zunächst verlangte er, daß die Männer, die das Volk in dieses Elend geführt haben und die diesen Krieg verschuldet haben, zur Verantwortung gezogen werden. Vor dem Kriege habe man die Sozialdemokratie verhöhnt, wenn sie auf die Folgen eines Krieges hinwies; nun aber sehe man, wie recht sie gehabt habe. Die unabhängige Sozialdemokratie habe während des Krieges immer und ständig auf eine Beendigung des Mordens hingedrängt. (Das haben die Mehrheitssozialdemokraten auch getan. D. Red.) Heute sehe man, daß alle bürgerlichen Parteien auf einmal Republikaner geworden sind; jetzt sagen auf einmal diese Parteien, sie hätten ja all dies, was nun gekommen, vorausgesehen. Da muß ihnen aber denn doch entgegengehalten werden, daß es eine große Feigheit war, wenn sie dennoch den Dingen ihren Lauf ließen. Jetzt spielen sie sich dem Volke gegenüber als die besten Demokraten auf, nachdem sie all die Jahre her die Schrittmacher der Reaktion waren. Die Nationalversammlung muß bald zusammentreten. Verlangt muß aber von den Abgeordneten werden, daß sie keinen Schritt rückwärts machen; eine Nationalversammlung, die es wagen sollte, wieder die alten Verhältnisse zu schaffen, würde von dem Willen der Massen weggefegt werden. Wenn wir in Deutschland keine ruhigen Zustände und geordnete Verhältnisse bekommen, dann wird die Entente mit uns keinen Frieden schließen. Wenn die Spartakusleute die Oberhand bekommen sollten, dann wäre der Friede ferner denn je; wir hätten den Einmarsch der Ententetruppen zu gewärtigen. Und die Ordnung, die dann kommen würde, wäre die Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Wir brauchen den Frieden, wenn wir unser Land wieder aufbauen wollen. Wir haben eine Abordnung nach Berlin geschickt, um unseren Freunden klar zu machen, was auf dem Spiele steht.

Redner wandte sich sodann den Forderungen zu, deren Erfüllung am dringendsten ist. Zunächst ist es Aufgabe der Regierung, den Kriegsgewinnlern wieder ihren Raub abzunehmen; es ist bereits Vorsorge getroffen, daß die Bereicherten mit ihrem Gelde nicht verschwinden können. Weiter müssen die großen Güter zu Staatseigentum erklärt werden. Ferner ist die Trennung von Kirche und Staat vorzunehmen. Das Zentrum versucht bereits wieder mit Hilfe der Religion wirtschaftliche und politische Geschäfte zu machen. Ein Zurückkehren der Monarchie ist ausgeschlossen, das Volk leitet seine Geschicke selbst. Die Klassenschichtung muß aufhören. Hinweg mit allen Sonderbündeleien, es darf nur ein Interesse geben, dem badischen und deutschen Volke die Freiheit zu verschaffen! Wenn die alten Zustände der Unterdrückung und Ausbeutung wieder kommen sollten, dann kann das Volk auf den Volksstaat verzichten. Die Bestrebungen jener Elemente, die glauben, durch eine Diktatur die Zustände ändern zu können, müssen zurückgewiesen werden. Schenken Sie der Volksregierung Ihr Vertrauen, arbeiten Sie mit am Aufbau des neuen Staates! Wählen Sie zur Nationalversammlung Leute, die nur das Interesse des werktätigen Volkes im Auge haben und dies sind die Vertreter der Sozialdemokratie.

Die Ausführungen des Ministers Brümmer, denen auch wir vollinhaltlich zustimmen können, fanden stürmischen Beifall. Leider wurde der gute Eindruck, den diese volkstümlichen Ausführungen gefunden, durch die nachfolgende Diskussion aufs schärfste verwischt. Ein kunterbuntes Gemisch von Rednern tauchte auf, die meist dasselbe wollten wie der Referent, die aber durch die oft konfuse Art ihres Vortrags und ihre Weitschweifigkeit die Leute allmählich zum Saale hinausredeten. Zum mindesten hätte die Parteileitung der Unabhängigen darauf bestehen sollen, daß die eigenen Parteiangehörigen das Wort nicht ergreifen. Warum man noch als Redner Hermann Remmele aus Mannheim hatte kommen lassen, der in der Diskussion dann ebenfalls eine lange Rede hielt und dabei sich in Gegensatz zum Referenten setzte, ist unverständlich. Remmele erklärte sich gegen die Nationalversammlung und für die Herrschaft einer Räteregierung. Imponieren konnte uns diese interne Parteiauseinandersetzung wirklich nicht, und auch die Zuhörer waren sichtlich gelangweilt durch die endlosen wissenschaftlichen Kundgebungen Remmeles, die oft in so schreiendem Gegensatz zur praktischen Wirklichkeit standen. Auch ein Schwabe aus Stuttgart, der vor 14 Tagen nach Karlsruhe kam, sich aber schon für vollkommen kompetent hält, in badischen Dingen den Schulmeister zu spielen, sowie ein Herr Maier aus Berlin, taten ihr Möglichstes, die Versammlung auseinanderzuredne. Sehr erfreulich und begrüßenswert ist, daß die meisten Redner unbedingt forderten, daß die Arbeiterschaft einig gehe, daß die beiden Richtungen sich vereinigen. Die Betonung dieser Forderung wurde jeweils mit starkem Beifall aufgenommen. Wenn Remmele uns Bedingungen stellen will, unter denen die Unabhängigen mit uns gehen wollen, so möchten wir ihn doch darauf aufmerksam machen, daß wir Bedingungen und Zensuren von seiner Seite solange ablehnen, als man in seiner eigenen Richtung noch nicht einig ist, noch nicht weiß, was man will, und sich noch im Unklaren ist, wie man sich zu den neuen Verhältnissen stellen will. — Große Aufmerksamkeit fand der Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Kamerad Krum, mit seinen trefflichen Ausführungen über die Forderung der Kriegsbeschädigten. Stärkste Entrüstung riefen seine Mitteilungen hervor, daß einzelne Firmen und städt. sowie Staatsbetriebe bereits angefangen haben, Kriegsbeschädigte auf die Straße zu setzen. — Im Ganzen können wir nochmals wiederholen, daß wir es bedauern, daß der prächtige Eindruck, den die Versammlung bei ihrem Beginn und durch die Rede Brümmers gemacht hatte, durch das endlose Gerede der Diskussionsredner so stark herabgedrückt wurde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Versammlung der Nichtwähler.

Eine öffentliche Versammlung, einberufen von dem als Redner der hiesigen freireligiösen Gemeinde bestens bekannten Schriftsteller Dr. Albert Sexauer, fand unter starker Beteiligung am Sonntag abend 6 Uhr im großen Rathaussaal statt. Nachdem Herr Rechtsanwalt Dr. Händel die Versammlung eröffnet hatte, führte Herr Sexauer in einstündiger Rede der Hauptsache nach etwa folgendes aus:

Infolge der schweren Waffenstillstandsbedingungen befindet sich Deutschland in einer gefahrvollen Lage. Es besteht die Möglichkeit einer Besetzung durch die Truppen Frankreichs und Englands, die den Tag zur Befriedigung ihrer Rachgier und ihres Vernichtungswillens gekommen sehen. Auch im Innern haben wir durch den Umsturz erschütterte Verhältnisse. In diesen ungünstigen Zeitpunkt fällt die Wahlbewegung für die Nationalversammlung. Die bisherigen Parteien dürften einander mit großer Schärfe gegenüberstehen. Die Sozialdemokratie wird sich ziemlich radikal geberden, um wenigstens einige ihrer Forderungen durchzudrücken, ebenso werden die bürgerlichen Parteien stärker Rückwärtserei treiben, damit einiges von dem erhalten bleibt, dessen Bestand sie wünschen. Die Gefahr dieses Gegensatzes liegt im Bürgerkrieg, der unter allen Umständen vermieden werden muß. Zu diesem Zweck soll die Partei der Parteilosen, die etwa 8—10 Millionen stark ist, unter freiheitlichen Gesichtspunkten zusammengefaßt werden. Sie würde zwischen den Parteien zu stehen und einen katastrophalen Zusammenstoß verhüten. Die Einwände gegen eine solche Parteigründung sucht Herr Sexauer im voraus zu bekämpfen. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß sich Polemik gegen die bestehenden Parteien vermeiden ließe. Von der Aufstellung eines detaillierten Programms sollte in dieser vorbereitenden Versammlung abgesehen werden, doch wäre als Haupt- und Mittelpunkt des Programms die Forderung der Freiheit anzusehen. Redner erläuterte den Begriff der Freiheit als Freiheit gegen Gewalt von oben und unten, Freiheit gegenüber dem Kapitalismus und den verschiedenen Kirchentümern. Mehr als auf ein spezialisiertes Programm komme es vorläufig auf den Geist an, der die neue Organisation der bisherigen Nichtwähler, für die der Name Deutsche Freiheitspartei vorgeschlagen wir, erfüllen soll. Deutschland soll durch den neuen Geist zu der Stellung emporgehoben werden, die ihm gebührt, als geistige Führerin der Nationen der Welt. —

Der lebhaft einsetzende Beifall des Publikums bewies, daß viele der vorgetragenen Gedanken im Publikum Anklang fanden, und daß der Redner eine feste Gruppe Gleichdenkender hinter sich hat. Jedoch auch die Diskussionsredner, die sämtliche gegen den vorgetragenen Plan auftraten, hatten starken Erfolg, sodaß man sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, daß wohl nicht lauter Nichtwähler, sondern auch ein gut Teil entschiedener Parteigänger anwesend waen, und daß die Schar der Nichtwähler, insbesondere die Frauen, noch bildsames Wachs in der Hand geschickter Redner sind. Als erster Debatteredner trat Stadtrat Genosse Geck auf, der dem ehrlichen Idealismus des Sexauerschen Vorschlags seine Anerkennung und dem Gedanken der Aufrüttelung der politisch Indifferenten seine Berechtigung nicht versagte. Nur die praktische Lösung des gestellten Problems sei unmöglich. Die 8 bis 10 Millionen Nichtwähler ließen sich nicht unter einen Hut bringen, vor allem nicht ohne bestimmtes Programm. Geck ist der Ansicht, daß die bisherigen Parteien zur Lösung der Frage besser imstande seien als eine neu zu gründende. Bezüglich der Schuldfrage am Krieg lehnte Stadtrat Geck es ab, eine Schuld der Sozialdemokratie anzuerkennen. Die Partei habe immer Fühlung mit den fremden Völkern gesucht und den Gedanken des Völkerbundes gepflegt, wie den der Abrüstung und der Einführung internationaler Schiedsgerichte. Was die Gefahr des Chaos betreffe, so glaubte Geck die beruhigende Versicherung abgeben zu dürfen, daß die zerstörende Flut an dem starken Damm der wohlorganisierten und politisch geschulten Arbeiter sich brechen werde. Er ermahnte die Nichtwähler, besonders diejenigen unter ihnen, die bisher über die „Sozzen" die Nase gerümpft hätten, sich einmal in die Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus zu vertiefen und sich politisch zu informieren, damit sie erführen, wo ihre materiellen und geistigen Interessen am besten gefördert würden.

An der ferneren Diskussion beteiligten sich noch mehrere Herren, die, wie z. B. Herr Dr. Ahlborn, allerhand gedankenreiche und beachtenswerte Ausführungen machten, aber zum Teil zum Hauptthema nur wenig sagten. Das tat neben Herrn Dr. Bittel erst Herr Hauptschriftleiter Dees, der vor einer neuen Parteigründung ernstlich warnte und darauf hinwies, daß die Wünsche der Nichtwähler in den Programmen der vorhandenen Parteien ziemlich restlos zum Ausdruck kämen. Die Leute hätten sich nur die Mühe nehmen sollen, die Programme der Parteien zu studieren und darnach ihre Wahl zu treffen. Dees meint, die neue Partei würde letzten Endes der Reaktion dienen. Sehr fein und klug waren auch die Ausführungen des Frl. Rieger, die die Frauen aufforderte, die Parteiprogramme nach ihrer Stellung zur Frauenfrage zu studieren und das Verhalten der Parteien in den Parlamenten zu diesen Fragen nachzuprüfen. Es sei ein Unding, daß eine Frau einer Partei ihre Stimme gebe, die bisher in Frauenfragen taitos geblieben sei.

Im Schlußwort wandte sich Herr Sexauer gegen den Vorwurf der Utopie und wies darauf hin, daß auch die Sozialdemokratie aus sogenannten Utopien ihre Kraft gesogen habe. Utopie, Phrase und Ideal seien im Grunde wesensverwandt. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit — es ging auf 8 Uhr — behielt sich Herr Sexauer vor, verschiedene Unklarheiten in der Zeitung zu klären und durfte aussprechen, daß mancher unberechtigte Vorwurf unterblieben wäre, wenn die betr. Debatteredner seine Stellungnahme zu den in Frage stehenden Punkten aus seinen früheren schriftlichen Aeußerungen kannten.

*

Einen merkwürdigen Bericht über die Versammlung bringt die „Badische Presse". Von objektiver Berichterstattung ist darin recht wenig zu bemerken. Zum mindesten hätte das Blatt auch die Ausführungen der Diskussionsredner, wenn auch nur in kurzem Auszuge, bringen müssen. Dieser Bericht des Blattes gibt von dem tatsächlichen Verlauf der Versammlung ein ganz falsches Bild. Offenbar war aber dem Berichterstatter unangenehm, erwähnen zu müssen, daß von den Diskussionsrednern nicht weniger denn fünf im Sinne der Sozialdemokratie sprachen. Da schweigt man lieber die Diskussion ganz tot und läßt den Referenten in um so strahlenderem Lichte erscheinen.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe, 26. November.**

Durchmarsch der Truppen.

* Von Tag zu Tag nimmt die Zahl der Truppen zu, die bei Maxau den Rhein überschreiten und durch Karlsruhe nach dem Osten der Heimat zu eilen. Waren es anfangs nur vereinzelte Kolonnen, insbesondere große Lastautomobile, so ist es jetzt ein ununterbrochener Strom, Infanterie, Kavallerie, Artillerie und nicht endenwollende Bagagekolonnen, der unsere Hauptverkehrsader, die Kaiserstraße, durchfluten. Truppen, Pferde und Wagen, sämtlich in festlichem Schmucke von Tannengrün, Blumen und Fähnchen in den Farben aller deutschen Stämme. Die Hauptstadt Badens bereitet, wie die anderen heimischen Städte, den Zurückkehrenden einen herzlichen Willkomm. Nicht nur die Hauptstraßen, sondern auch die kleinsten Gäßchen sind mit unzähligen Fahnen, Guirlanden und Kränzen mit Willkommgrüßen auf das Freundlichste geschmückt. Der Empfang ist ungemein herzlich. In die Freude des Wiedersehens mischt sich die tiefe Dankbarkeit gegen unsere Truppen, die Hof und Herd weit über 4 Jahre hinaus vor Zerstörung vor dem Feinde beschützt haben. Blumen, Tannengrün, Zigarren und Zigaretten werden überreicht und dankbar und mit sichtlicher Freude entgegengenommen. Die Jugend herrscht vor. Ein altes Mütterchen steht am Wegrande. Unablässig winkt sie den Heimkehrenden zu, während die heißen Tränen ihr von den Wangen rinnen. Dieses große schöne Bild inniger Volksliebe, wie es sich uns täglich tausendfach bietet, mildert das harte Weh, das uns überkommt beim Anblick unserer im neblig kalten Novembertag zurückkehrenden, unbesiegten Truppen in die besiegte Heimat.

* **Die Heimkehr badischer Truppen.** In herzlichster Weise begrüßt sind am Samstag abend 5 Uhr in Karlsruhe zwei Bataillone des Grenadier-Regts. Nr. 109 eingezogen. Schon seit Tagen steht ja Karlsruhe in festlichem Schmuck, die Bevölkerung hat aber ein übriges und überschüttete die heimkehrenden Grenadiere mit Blumen und Kränzen. Der Durchmarsch anderer, meist bayrischer Truppenteile, dauerte in Karlsruhe auch den ganzen Samstag an. Es herrschte dabei vollkommene Ordnung. Auch alle diese Feldgrauen werden reicht beschenkt mit Brötchen, Aepfeln, Zigarren, Zigaretten, Ansichtskarten und Blumensträußen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer beruft auf morgen Mittwoch Abend 8 Uhr in den Saal der alten Brauerei Kammerer eine öffentliche Versammlung aller Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer ein. Der Vorsitzende des Gaues Baden des R. d. K. u. e. K., Kamerad Delpy, wird über „Die Kriegsbeschädigten und die neue Zeit" sprechen. Zu der Versammlung sind alle Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Soldaten freundlichst eingeladen.

Bürgerausschußsitzung. Auf heute abend 6 Uhr ist eine Bürgerausschußsitzung einberufen mit der Tagesordnung: 1. Antrag sämtlicher Fraktionen auf Absendung einer Vorstellung des Bürgerausschusses an die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden wegen Einberufung einer deutschen Nationalversammlung gemäß § 51 Ziffer 2 der Städteordnung. 2. Städtische Zuschüsse für den Arbeiter- und Soldatenrat. 3. Straßen- und Pflasterherstellung im Gaswerk.

Sozialdemokratische Partei
Bezirk Südstadt.

Die Parteigenossen und -Genossinnen der Südstadt seien nochmals auf die heute abend 8 Uhr im „Auerhahn" stattfindende Zusammenkunft aufmerksam gemacht. Die Ereignisse der letzten Zeit, die kommenden Wahlen, der nötige Ausbau der Organisation, der Ausbau der Agitationstätigkeit für die Partei und unsere Presse machen eine rege Betätigung der Genossen und Genossinnen unbedingt erforderlich. Kein Genosse und keine Genossin der Südstadt fehle daher heute abend.

Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben ihren Betrieb nicht, wie zunächst vorgesehen war, am Samstag geschlossen, sondern beschäftigen die Arbeiter noch weiter. Allerdings sind die Nacht- und Sonntagsschichten weggefallen. Der Achtstundentag wurde eingeführt.

Der 10 Uhr-Ladenschluß der hiesigen Lokale, sowie das Verbot der Schaufensterbeleuchtung sind, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, lediglich darauf zurückzuführen, um mit den Kohlen zu sparen. Da die Kohlen sehr knapp sind, muß vorgebeugt werden, daß wir für die nächsten Monate nicht gänzlich ohne Kohlen sind.

* **Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei.** Im überfüllten Saale des Konzerthauses hielt gestern abend der Freiburger Professor Schultze-Gaevernitz einen wirksamen Vortrag, in dem er „Rückblicke und Ausblicke" über unsere Politik entwarf. Wir werden über die Rede morgen ausführlich berichten.

* **Versammlung sozialdemokratischer Frauen.** Die Frauensektion des sozialdemokratischen Vereins hatte die Frauen auf gestern abend zu einer Besprechung eingeladen über die Vorbereitungen zur Nationalwahl. Das Lokal war bis auf den letzten Platz von Frauen besetzt, ein Zeichen, daß die sozialistisch gesinnten Frauen gewillt sind, sich zur Agitation für die außerordentlich wichtigen kommenden Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Stadtv. Gen. Abele übernahm es, ein einleitendes Referat zu halten über die Errungenschaften der Revolution und die Vorgänge in Deutschland von Kiel bis Karlsruhe. Er entledigte sich seiner Aufgabe in bester Weise. An der Diskussion beteiligten sich eine ganze Anzahl Redner, sowie Stadtrat Gen. Geck, der das neue Staatsbürgerrecht der Frauen in instruktiver Weise darlegte. Es wurde hierauf eine Kommission der Frauen gewählt, welche in Verbindung mit dem sozialdemokratischen Wahlausschuß die Geschäfte zu erledigen haben wird. Kurz nach 10 Uhr konnte die Vorsitzende Genossin Hug die gut verlaufene Besprechung schließen.

Badisches Landestheater. Nachdem der Großherzog nunmehr endgültig auf den Thron verzichtet hat, erhält das bisherige Hoftheater in Karlsruhe den Namen „Badisches Landestheater in Karlsruhe". — Das seitherige Hof- und Nationaltheater in Mannheim hat ebenfalls seinen Namen geändert und führt fernerhin den Namen „Nationaltheater".

Landestheater. Mit Genehmigung des Ministeriums des Auswärtigen findet am Mittwoch, 27. d. M., abends 7 Uhr, für die Truppen der Garnison und für fremde durchziehende Truppen eine Aufführung von Götts „Schwarzkünstler" statt. Die Karten werden durch das Garnisonkommando ausgegeben.

Lebensmittelverteilung. Neben den üblichen Lebensmitteln werden auf Marken diese Woche u. a. Kartoffelmehl, Kunsthonig und Kindernährmittel ausgegeben. Dörrgemüse, Suppenwürze und Knochenbrühextrakt sind auch weiterhin markenfrei. Fett haben diese Woche die Fettverkaufsstellen Nr. 201 bis 291. Die Kopfmenge für Kartoffeln beträgt 7 Pfd. und wird gegen die Kartoffelmarke B Nr. 99 ausgegeben. — Nächste Woche gibt es u. a. Graupen, Kaffee-Ersatz und Zucker.

Zur allgemeinen Kartoffelversorgung wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt: Wenn ein Teil der hiesigen Haushaltungen bisher mit dem beim städtischen Kartoffelamt bestellten Winterbedarf noch nicht versorgt werden konnte, so ist das zunächst hauptsächlich auf den infolge der Grippe eingetretenen Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen, wozu in letzter Zeit noch die Versandschwierigkeiten infolge Wagenmangel kamen. Sobald die Transportschwierigkeiten behoben sind, kann die Zufuhr der Kartoffeln wieder in vollem Umfange aufgenommen werden. Zu etwaigen Befürchtungen besteht jedoch keine Veranlassung, da in der Zwischenzeit die betreffenden Haushaltungen gegen Marken also mit der Wochenkopfmenge von 7 Pfund, versorgt werden.

Na An weiteren Spenden für die heimkehrenden Krieger sind bei der Stadtverwaltung eingegangen von dem Prinzen Max von Baden 3000 Mk., ferner wurden gestiftet 5000 Zigarren von den Zigarrenfabrikanten Gebr. Wolf Karlsruhe und 3000 Zigarren von den Zigarren- und Rauchtabakfabriken Louis Marier Karlsruhe. Auch eine Reihe weiterer kleinerer und größerer Geldgaben sind schon zugunsten der heimkehrenden Krieger gespendet worden.

Die National-Versammlung.

WTB. **Krefeld,** 25. Nov. In einem Telegramm des Soldatenrates der vierten Armee an den Reichskanzler Ebert heißt es u. a.: In Berlin wird das Gerücht verbreitet, die vierte Armee nehme den Kampf gegen die Revolution auf. Wenn unter Revolution die Diktatur der Minderheit, der Bolschewiki, verstanden wird, so deckt sich dieses Gerücht mit den Tatsachen. Die vierte Armee wird jeden Versuch, eine Diktatur zu errichten, mit allen Mitteln bekämpfen und erwartet von allen Behörden und Kommandostellen tatkräftige Unterstützung der Regierung des Reichskanzlers Ebert. Der Soldatenrat der vierten Armee spricht im Namen von 500 000 Frontsoldaten. Er wendet sich gegen die Herrschaft der Leute, die auf dem besten Wege sind, den Feind ins Land zu rufen.

In unmittelbaren Kundgebungen wurde dem Reichskanzler dargelegt, die Front wolle der Regierung zur Seite stehen, aber sie verlange, in Berlin gehört zu werden. Wer die Heimat verteidige, lasse nicht geschehen, daß ohne sein Zutun über sein Schicksal entschieden werde. Dies sei aber gutes Recht und nicht Revolution.

WTB. **Freiburg i. Br.,** 25. Nov. Der Freiburger Arbeiter- und Soldatenrat hat sich dem Protest des Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrates angeschlossen, welcher lautet: Der Frankfurt a. Mer Soldatenrat protestiert entschieden gegen den Versuch, die Regierung (Rat der Volksbeauftragten) zu einem Organ des Vollzugsausschusses des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats zu machen. Die Regierung hat keineswegs der Diktatur des Rates einer einzelnen Stadt zu unterstehen. Sie muß das Organ des gesamten Volkes sein und das Vertrauen der Volksmehrheit haben. Die Regierung hat vor allem einen baldigen Frieden herbeizuführen und alles zu tun, um durch eine Nationalversammlung dem Willen des gesamten Volkes Ausdruck zu geben.

Der Freiburger Arbeiter- und Soldatenrat fügt hinzu: Die Reichsregierung stützt sich auf das Vertrauen der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands und des Heeres. Dieses Vertrauen ist ihr in den letzten Tagen in zahlreichen Kundgebungen ausgesprochen worden. Auch vor Zusammentritt der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands und des Heeres besteht die Möglichkeit, der Reichsregierung durch öffentliche Kundgebungen Vertrauen oder Mißtrauen auszusprechen.

Dresden, 25. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Dresden hat beschlossen, den schweren Wucher künftig standgerichtlich aburteilen zu lassen; unter Umständen ist dafür die Todesstrafe vorgesehen.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kabel; für Badische Politik, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Landestheater Karlsruhe. Mit dem „Hamlet" begann Herr von Oppen sein Gastspiel auf Engagement. Er arbeitet diese Rolle etwa im Sinn der Deutung Hermann Türks als das sittlich-heldenhafte Genie heraus. Das hat den Vorzug der Verständlichkeit in der Interpretation, aber auch den Nachteil, die ungeheure Differenziertheit des Charakters, die dieses Stück mit dem Alter von 300 Jahren so aktuell-modern macht, zu verfehlen. Das Deklamatorische trifft Herr Oppen im Ganzen gut. Vor einer Neigung muß er sich allerdings hüten: bei der Herauskehrung der pathetischen Elemente in das Rührselige zu verfallen. Man hat den Eindruck, daß Herr v. Oppen im Ensemble unserer Hofbühne eine brauchbare Kraft sein würde. — Ueber seine Darstellung des Oswald wird uns folgendes mitgeteilt: Am Freitag setzte Herr Dietrich v. Oppen sein Gastspiel fort als Oswald in Ibsens Familiendrama „Gespenster". Der Künstler verfügt über beachtenswerte Mittel der Charakterisierungskunst, die ihm im Verein mit seiner abgeklärten Darstellungsweise gestattete, den wurmstichigen Typ des Oswald mit seinen fahrigen Künstlerbewegungen und seiner Geistesabwesenheit aufs treffendste zu kennzeichnen. Herr v. Oppen ist ein durch und durch moderner Darsteller. Nach unserem Gefühl schafft er zu wenig von innen heraus, sodaß seine Darstellung keine rechte Wärme erzeugt, wie er denn auch bei den Höhepunkten seiner Rolle nicht mitzureißen vermochte. Jedenfalls dürfte aus dem Künstler noch manches herauszuholen sein, das jetzt noch durch die Ungunst der Umstände verdeckt blieb, und wir möchten empfehlen, Herrn Oppen einstweilen im Auge zu behalten.

Arbeiter- und Soldatenrat Karlsruhe.
Einladung
zur
Vollversammlung
des Arbeiter- und Soldatenrates.

Dieselbe findet am **Mittwoch, den 27. November 1918, abends 8 Uhr,** im „Friedrichsbad" statt.

Hierzu werden alle gewählten Vertreter höflichst eingeladen. Eintritt erhält nur, wer mit Ausweis oder Vollmacht seines Auftraggebers versehen ist. 5836

Der Arbeiter- und Soldatenrat:
Dorter.

Bekanntmachung.

Die Wahlen zur verfassunggebenden badischen Nationalversammlung betr.

Gemäß § 6 der Verordnung der Badischen vorläufigen Volksregierung über die Wahlen zur verfassunggebenden bad. Nationalversammlung vom 20. November 1918 — Badisches Gesetzes- und Verordnungsblatt vom 22. November 1918 Nr. 67, Seite 401 — fordere ich zur Einreichung von Wahlvorschlägen für den III. Wahlkreis auf, indem ich folgendes bemerke:

1. Der III. Wahlkreis umfaßt die Kreise Karlsruhe und Baden, mithin die Amtsbezirke Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Karlsruhe und Pforzheim im Kreise Karlsruhe, sowie die Amtsbezirke Achern, Baden, Bühl und Rastatt im Kreise Baden.
2. In diesem III. Wahlkreis werden am Sonntag, den 5. Januar 1919 31 Abgeordnete gewählt.
3. Zur Abstimmung bei der Wahl der Abgeordneten zur Nationalversammlung sind alle am Tage der Wahl mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Badener berechtigt, welche im Zeitpunkte der Wahl im Lande ihren Wohnsitz haben.
4. Wählbar zur Nationalversammlung sind diejenigen Wahlberechtigten, welche am Tage der Wahl das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben.
5. Maßgebend sind für die allgemeine, unmittelbare und geheime Abstimmung die Grundsätze der Verhältniswahl.
6. Die Wahlvorschläge (Wahlvorschlagslisten) sind spätestens am 10. Tage vor der Wahl, also am Donnerstag, den 26. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr, bei dem unterzeichneten Wahlkommissär unter der Aufschrift: „Landeskommissär — Wahlkommissär — in Karlsruhe, Kaiserstraße 178/III, einzureichen.
7. Sie müssen von mindestens 100 im Wahlkreise Wahlberechtigten unterzeichnet sein.
8. Die Wahl ist auf die in den Vorschlagslisten enthaltenen Bewerber beschränkt.
9. Jede Wahlvorschlagsliste hat eine die Zahl der zu wählenden Abgeordneten um zwei übersteigende Anzahl Bewerber, mithin im III. Wahlkreis 33, zu enthalten.
10. Die Vorgeschlagenen müssen so bezeichnet sein, daß sie nicht mit anderen gleichen Namens verwechselt werden können. Soweit zu diesem Zweck erforderlich, ist außer dem Familiennamen der Vorname oder die den Vorgeschlagenen sonst unterscheidende Benennung einzutragen.
11. Die Vorgeschlagenen sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen; auch ist von jedem Vorgeschlagenen oder von den Vorgeschlagenen gemeinsam eine Erklärung beizufügen, worin sie unterschriftlich der Aufnahme in die Vorschlagsliste zustimmen.
12. In mehr als einer Liste darf sich kein Bewerber vorschlagen lassen.
13. Die Unterzeichner einer Liste haben bei Einreichung derselben einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter aus ihrer Mitte zu benennen, die zu ihrer Vertretung dem Unterzeichneten gegenüber als ermächtigt gelten.
14. Fehlt es an einer solchen Benennung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.
15. Im Benehmen mit dem Vertrauensmann werden von dem Unterzeichneten Mängel, welche sich bei Prüfung der eingereichten Wahlvorschlagslisten ergeben und welche die Ungültigkeit der Liste oder einzelner Wahlvorschläge zur Folge haben müßten, spätestens bis zum Ablauf des Montag, den 30. Dezember 1918, beseitigt werden.
16. Ungültig ist eine Wahlvorschlagsliste:
    a) wenn sie verspätet eingereicht ist;
    b) wenn sie nicht von mindestens 100 im Wahlkreise Wahlberechtigten unterzeichnet ist, oder
    c) wenn sie nicht 33 gültig vorgeschlagene Bewerber enthält.
17. Einzene Wahlvorschläge sind ungülig:
    a) wenn der Vorgeschlagene nicht ausreichend bezeichnet ist;
    b) soweit die Zahl der Vorgeschlagenen über die zulässige Zahl von 33 hinausgeht;
    c) wenn die Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen fehlt;
    d) soweit ein Vorgeschlagener auf mehr als einer Liste enthalten ist: in diesem Falle gilt lediglich der Vorschlag auf der früher eingereichten Liste; bei gleichzeitig eingereichten Listen bestimmt der unterzeichnete Wahlkommissär den gültigen Vorschlag.
18. Von der Ungültigkeitserklärung einer Wahlvorschlagsliste wird der Vertrauensmann durch den Unterzeichneten in Kenntnis gesetzt werden.
19. Ich empfehle, mit Rücksicht auf die gebotene Beschleunigung des Verkehrs die Vertrauensmänner und ihre Stellvertreter möglichst aus der Zahl der in der Stadt Karlsruhe wohnhaften Personen zu wählen.
20. Die Bekanntgabe der endgültig feststehenden Wahlvorschlagslisten wird spätestens am 4. Tage vor dem Wahltage, also spätestens am 1. Januar 1919, erfolgen.

Karlsruhe, den 23. November 1918. 2830

Der Wahlkommissär für den III. Wahlkreis.

Flad.

Nationaler Frauendienst.

Auskunft und Aufklärung in Wahlangelegenheiten für Frauen aller Stände

wird **jeden Dienstag und Freitag von 6—7 Uhr abends** erteilt.

Zähringerstraße 100, 3. Stock, Zimmer Nr. 15.

(Städt. Arbeitsamt.) 5834

Erwerbslosenfürsorge der Stadt Karlsruhe.

§ 1.

Auf Grund der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung über Erwerbslosenfürsorge vom 18. November 1918 richtet die Stadt Karlsruhe nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eine **Erwerbslosenfürsorge** ein.

§ 2.

Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Karlsruhe tritt für solche Erwerbslose ein, die in Karlsruhe wohnhaft sind, oder soweit es sich um Kriegsteilnehmer handelt, vor ihrer Einziehung zum Heere in Karlsruhe gewohnt haben.

Für Kriegsteilnehmer, die vor ihrer Einziehung zum Heere nicht in Karlsruhe gewohnt haben, aber nach ihrer Entlassung infolge der Demobilmachung hier ihren Aufenthalt nehmen, tritt die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Karlsruhe nur vorläufig und vorschußweise für Rechnung ihrer früheren Wohnortsgemeinde ein. (§ 5 Abs. 1 Satz 2 der Reichsverordnung.)

Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit nach Karlsruhe gezogen sind, sollen möglichst in ihren früheren Wohnort zurückkehren und sind nach ihrer Rückkehr von der früheren Wohnortsgemeinde zu unterstützen. Zwecks Rückkehr dorthin wird ihnen freie Fahrt aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gewährt. (§ 5 Abs. 2 und 3 der Reichsverordnung.)

Die Erwerbslosenfürsorge hat nicht den Rechtscharakter der Armenpflege.

§ 3.

Die Erwerbslosenfürsorge wird nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 14 Jahre alten Personen gewährt, die sich infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden.

Eine bedürftige Lage ist nur anzunehmen, wenn die Einnahmen des zu Unterstützenden einschließlich der Einnahmen der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen infolge gänzlicher oder teilweiser Erwerbslosigkeit derart zurückgegangen sind, daß er nicht mehr imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Kleinerer Besitz (Spargroschen, Wohnungseinrichtung, kleine Landwirtschaft als Nebenbetrieb u. ä.) darf für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden. (§§ 6 und 11 der Reichsverordnung.)

§ 4.

Von der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen sind solche Erwerbslose, die

a) nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen ihre letzte Arbeitsstelle durch eigenes Verschulden verloren haben,
b) infolge von Krankheit, Unfall oder Invalidität voll erwerbsunfähig im Sinne der R.V.O. sind.

Die Erwerbslosenfürsorge kann solchen Personen entzogen werden, welche

a) wissentlich falsche Angaben über ihre Verhältnisse machen, soweit sie für die Entscheidung über die Gewährung der Erwerbslosenfürsorge von Bedeutung sind,
b) mit den gewährten Unterstützungen Mißbrauch treiben oder sich der vorgeschriebenen Kontrolle entziehen.

Weibliche Personen erhalten die Erwerbslosenunterstützung nur dann, wenn sie auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind.

Personen, deren frühere Ernährer arbeitsfähig zurückkehren, erhalten keine Erwerbslosenunterstützung. (§ 7 der Reichsverordnung.)

§ 5.

Erwerbslose sind verpflichtet, jede nachgewiesene geeignete Arbeit auch außerhalb des Berufs und Wohnorts namentlich in dem früheren Beschäftigungsort und dem vor dem Kriege bewohnten Ort sowie zu gekürzter Arbeitszeit, anzunehmen, sofern für die nachgewiesene Arbeit angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, die nachgewiesene Arbeit die Gesundheit nicht schädigt, die Unterbringung sittlich bedenkenfrei ist und bei Verheirateten die Versorgung der Familie nicht unmöglich wird. Freie Fahrt zur Reise in den früheren Beschäftigungsort wird aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bewilligt. (§ 8 der Reichsverordnung.)

§ 6.

Die Erwerbslosenfürsorge gewährt, falls keine Arbeit, auch keine Notstandsarbeiten, vermittelt werden können:

1. Geldunterstützungen (Tagegeld.) (§ 7.)
2. Krankenfürsorge. (§ 9.)

§ 7.

Das Tagegeld wird vom Beginn der zweiten Woche nach Beendigung des letzten Arbeitsverhältnisses an, bei Kriegsteilnehmern vom Tage der ordnungsmäßigen Entlassung aus dem Heeresdienste an gewährt.

Es beträgt:

	täglich M	bei wöchentlichem Bezug f. d. Woche M	bei halbmonatlichem Bezug f. d. halb. Mon. M
a) für eine ledige Person über 21 Jahren oder alleinstehenden Witwer .	5,40	37,80	81,00
b) für eine ledige Person von 16 bis zu 21 Jahren	4,80	33,60	72,00
c) für Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren . .	3,00	21,00	45,00
d) für ein Ehepaar ohne Kinder	6,40	44,80	96,00
e) für jedes Kind unter 16 Jahren, zu dessen Unterhalt der Erwerbslose verpflichtet ist, und das nicht selbst zum Bezug der Erwerbslosenunterstützung berechtigt ist	1,00	7,00	15,00

Das Tagegeld darf jedoch insgesamt nicht mehr als 70 Prozent des letzten täglichen Arbeitsverdienstes betragen. An Kriegsteilnehmer, die infolge der Demobilmachung erwerbslos geworden sind, wird das Tagegeld bis zum Ablauf eines Kalendermonats nach dem Monat, in welchem der Kriegsteilnehmer entlassen worden ist, **ohne Beschränkung** auf eine Höchstgrenze ausbezahlt, wobei die während dieser Zeit etwa fortgezahlte Familienunterstützung angerechnet wird. Nach Ablauf dieser Zeit ist bei Fortdauer der Erwerbslosigkeit das Tagegeld auf 70 Prozent des Betrags zu kürzen, der alsdann nach Feststellung des Arbeitsamts als durchschnittlicher Taglohn in dem Berufe bezahlt wird, dem der Erwerbslose angehört.

Das Tagegeld ist zur Bestreitung des gesamten Lebensunterhalts einschließlich der Miete bestimmt. An ledige Personen kann in geeigneten Fällen **an Stelle des Tagegeldes** Unterstützung durch Sachleistungen (auch unmittelbare Mietezahlung an den Hauseigentümer) gewährt werden. Das Gleiche ist zulässig, wenn ein verheirateter Erwerbsloser von der Geldunterstützung keinen haushälterischen Gebrauch macht.

Das Tagegeld wird in der Regel wöchentlich auf Ende der Woche, bei Kriegsteilnehmern, die bisher Familienunterstützung bezogen haben, in gleicher Weise wie diese in halbmonatlichen Raten im voraus ausbezahlt. An ledige oder sonstige Kriegsteilnehmer, die bisher keine Familien-Unterstützung bezogen haben, wird das Tagegeld vom Tage der Entlassung an wöchentlich im voraus bezahlt.

§ 8

Erreichen Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht, so erhalten sie für die ausgefallenen Arbeitsstunden Erwerbslosenunterstützung, sofern 70 vom Hundert ihres regelmäßigen Arbeitsverdienstes den doppelten Unterstützungsbetrag im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen. Der fehlende Betrag ist als Erwerbslosenunterstützung zu zahlen. (§ 9 Abs. 2 der Reichsverordnung.)

§ 9.

Erwerbslose, deren Antrag auf Erwerbslosenfürsorge begründet ist, erhalten aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge die Krankenkassenbeiträge der Lohnklasse, in der sie im letzten Arbeitsverhältnis bei der Krankenkasse versichert waren, ersetzt, sofern sie den Nachweis erbringen, daß sie sich freiwillig weiterversichert und die Beiträge an die Krankenkasse bezahlt haben.

Anstelle des Ersatzes der Versicherungsbeiträge an die Erwerbslosen kann die unmittelbare Bezahlung der Beiträge an die Krankenkasse mit dieser vereinbart werden.

§ 10.

Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht, sowie Rentenbezüge, dürfen auf die Erwerbslosenunterstützung nur so weit angerechnet werden, als die Erwerbslosenunterstützung und sonstige Unterstützungen und Rentenbezüge zusammen den vierfachen Ortslohn übersteigen. Anzurechnen sind auch Zinsen von Spargroschen u. dergl. (§ 12 der Reichsverordnung.)

§ 11.

Die Erwerbslosenfürsorge wird eingestellt, sobald die Voraussetzungen dazu wegfallen oder sobald dem Erwerbslosen Arbeit nachgewiesen wird, zu deren Annahme er nach § 5 verpflichtet ist.

§ 12.

Der Antrag auf Gewährung der Erwerbslosenfürsorge ist **beim städtischen Arbeitsamt** persönlich zu stellen unter Darlegung der zur Begründung des Gesuchs nachzuweisenden persönlichen Familien- und Einkommensverhältnisse. Auf Verlangen hat der Erwerbslose beizubringen :

a) eine Bescheinigung des letzten Arbeitgebers über den Austritt,
b) einen Nachweis über die Dauer des Aufenthalts,
c) sonstige zur Beurteilung des Antrags erforderlichen Nachweise.

Von **Veränderungen** in seinen persönlichen, Familien-, Vermögens-, Einkommens- und Erwerbsverhältnissen hat der Erwerbslose unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Kriegsteilnehmer, die bisher Familienunterstützung bezogen haben, stellen den Antrag auf Erwerbslosenfürsorge beim Kriegsunterstützungsamt.

Das Arbeitsamt kann mit den Berufsorganisationen der Arbeitnehmer vereinbaren, daß beruflich Organisierte den Antrag auf Erwerbslosenfürsorge durch Vermittlung der Berufsorganisationen zu stellen haben, der sie angehören.

§ 13.

Wer Erwerbslosenunterstützung beantragt hat oder bezieht, hat sich täglich einmal, auf Verlangen auch mehrere Male, zu der ihm vorgeschriebenen Zeit bei der Meldestelle (Arbeitsamt oder Berufsorganisation), persönlich zu melden.

Die Meldestelle bescheinigt dem Erwerbslosen jede Meldung auf der Meldekarte.

§ 14.

Die Erwerbslosenunterstützung wird, soweit nicht auf Antrag einer Arbeitnehmerorganisation gemäß § 14 der Reichsverordnung die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung und die Kontrolle der Erwerbslosen dieser Organisation übertragen ist, durch das **städt. Arbeitsamt**, bei Kriegsteilnehmern, die bisher Familienunterstützung bezogen haben, durch das **städt. Kriegsunterstützungsamt ausbezahlt.**

§ 15.

Ueber Streitigkeiten in Angelegenheit der Erwerbslosenfürsorge entscheidet der Fürsorgeausschuß.

Ueber Beschwerden entscheidet zunächst der Stadtrat, gegen dessen Entscheidung endgültig das Bezirksamt.

Karlsruhe, den 21. November 1918. 5861

Der Stadtrat.

Bekanntmachung

Hierdurch beehre ich mich, die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Sitzung auf

Dienstag, den 26. November 1918, nachm. 6 Uhr,

in den großen Rathaussaal einzuladen.

Tagesordnung:

1. Antrag sämtlicher Fraktionen auf Absendung einer Vorstellung des Bürgerausschusses an die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden wegen Einberufung einer deutschen Nationalversammlung gem. § 51 Z. 2 der Städte-Ordnung.
2. Städt. Zuschüsse für den Arbeiter- und Soldatenrat.
3. Straßen- und Pflasterherstellung im Gaswerk.

Karlsruhe, den 23. November 1918. 5828

Der Oberbürgermeister.

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 26. November 1918. 5835

32. Vorstellung des Bad. Landestheaters.

Der Postillon von Lonjumeau.

Komische Oper in 3 Akten nach dem Französischen von Friederike Elmenreich. Musik von Adam.

Anfang: 7 Uhr. Ende: ¼10 Uhr.

Mehrere tüchtige

Schuhmacher-Gehilfen

können bei mir sofort eintreten auf neue Arbeit und Sohlerei bei bester Bezahlung. 5823

Ebendaselbst wird ein

Lehrmädchen

für die Stepperei sofort gesucht.

Ludwig Seitz

Schuhmachermeister

Anstalt für orthop. Fußbekleidung

Zähringerstraße 59.

Ein vollst. **Bett**, ein großer **Bodenteppich**, sow. verschiedene **Schulbücher**, sind zu **verkaufen** bei 5821

Kreis, Augartenstraße 81.

Händler verbeten.

Fünf Groß starke **Schuhnestel**, pro Groß 17 Mk., gute **Schuhnestel** Dutzend 2 Mark abzugeben. 5820

Kaiserstraße 227, Hof links, eine Treppe.

Einige Groß **Schuhnestel** per Paar 35 Pfg., ein schöner neuer **Schulterkragenpelz**, ein dunkelblaues **Jackenkostüm**, ein dunkelblauer **Filzhut** billig abzugeben **Fasanenstr. 6,** II. r., Zimmer Nr. 28. 5837

Gesucht

Schneider

auf Groß- und Kleinstück.

Heumann 5712

Hirschstraße 40.

Eine gutgehende **Schneider-Nähmaschine** billig zu verkaufen. 5824

Gervinusstr. 2, 3. St. l.

Eine Putzfrau

wird gesucht bei 5827

Jacobi, Kaiserstr. 203.

Soldaten! Arbeiter! Kaufleute! Ingenieure! Fabrikanten!

Helft mit

das für Heeresgerät verwendete Material der Volkswirtschaft, soweit als möglich, wieder dienstbar zu machen und dadurch

tausenden von heimkehrenden Kriegern Arbeitsgelegenheit

zu geben.

Ich bitte um Vorschläge, um fertige und halbfertige Munition und sonstiges Heeresgerät für Gebrauchsgegenstände oder für Teile zu solchen umzuarbeiten. Es kommen aber nur wirkliche Gebrauchsgegenstände (keine Zigarrenabschneider, Aschenbecher 2c.) in Frage. Alle Anregungen werden in **schriftlicher** Form erbeten, Besprechungen können **nicht** stattfinden.

Eingesandte Vorschläge, Zeichnungen, Modelle werden nur dann zurückgegeben, wenn genügend Rückporto beiliegt. Nicht angenommene Vorschläge, Zeichnungen und Modelle, denen kein Rückporto beiliegt, werden vernichtet.

Für brauchbare Vorschläge, die zur Annahme kommen, soll in einer von der zuständigen Behörde festzustellenden Weise eine Vergütung erfolgen.

Mein Unternehmen arbeitet ausschließlich nach der Sozialreform Goßweiler, deren Grundsatz behördliche Festlegung und behördliche Kontrolle von Löhnen. Unkosten und Verdienst ist.

Central-Stelle nach der Sozialreform Goßweiler, 5838
Inhaber: **Karl Goßweiler, Schwarzenberg,** Sa.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unser Mitglied V. W. Widmann unter dem heutigen Tage aus unserer Mitte scheidet, um sich seinem Zivilberuf widmen zu können. Für seine bisherige Mitarbeit wird gedankt und zugleich erklärt, daß seine Rechte und Pflichten hiermit erlöschen.

Durlach, den 25. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat.
Stein.

Partei-Konferenz für den Landeskommissariatsbezirk Freiburg.

Donnerstag, den 28. November, mittags 1 Uhr, findet im Lokale der **Brauerei Sutter** in **Freiburg,** Kaiserstraße 19/21 eine

Partei-Konferenz

statt. Eingeladen sind die Delegierten der örtlichen Organisationen der Amtsbezirke: **Schopfheim, Schönau, Neustadt, Lörrach, Müllheim, Staufen, Breisach, Freiburg, Emmendingen, Waldkirch, Ettenheim, Lahr, Wolfach, Offenburg, Gengenbach, Oberkirch, Kehl,** sowie Einzelmitglieder aus solchen Orten, wo keine Organisation besteht. Tagesordnung: **„Unsere Aufgaben für die Wahlen zur Nationalversammlung".**

Der Vorstand des sozialdem. Kreisvereins Freiburg.
F. Haug, Zähringerstraße 62. 5832

Dr. Neumann
Nervenarzt 5819
hat seine ärztliche Tätigkeit wieder aufgenommen.
Sprechstunden:
wochentags von 9—12 Uhr und von 3—4 Uhr.
Fernruf No. 3. — Stefanienstr. 71 II.

Pelz-Waren
in grosser Auswahl.
Besonders **Alaska-Fuchs**
sowie alle andern Pelz-Arten
empfiehlt wirklich preiswert.
32 Nur Zirkel 32
1 Treppe hoch. W. Lehmann. 5099

Tüchtige
Orthopädie- und Feinmechaniker sowie Bandagisten
finden sofort Beschäftigung.
Sauerbruch-Werkstätte, Singen a. H.
5724 **Ekkehardtstraße 22.**

Großer Posten
Carbid-Lampen
eingetroffen. 5833
Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Hartung & Rüger
Marienstraße 63. — Telephon 3211.

Danksagung.

(99. Liste.)

Für die Unterstützung von Familien zum Kriegsdienst einberufener Wehrpflichtiger sind an Geldgaben in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1918 weiter eingegangen:

Bei Mitgliedern des Stadtrats von: „Z" (w. G.) 100 M. — Ferner bei dem **Bankhaus Heinrich Müller** von: Med.-Rat Bähr (f. Sept.) 30 u. (f. Okt.) 30 M, der Gesellschaft „Bärenzwinger" (w. G.) 150 M; der **Vereinsbank** von: „Almenrausch" 50 M; dem **Bankhaus Veit L. Homburger** von: Frau Antonie Neumann 50 M; ferner **Monatsbeiträge** von: Cec. Heinsheimer 20 M, Med.-Rat Dr. Rosenberg 30 M, Otto Siegel 500 M, Frau Minister Honsell 50 M, Stadtpfarrer Hesselbacher 20 M, O.Intend.Rat Debus 25 M, Frau Luise Bing 20 M, Geh. Fin.Rat Ellstätter 50 M, Dr. Theod. Homburger 25 M, Geh.Rat Fetzer 25 M, Med.Rat Gutmann 50 M; der **Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft,** A.-G., von: Rechtsanwalt Dr. Hugo Schrag (Monatsbeitr. 51. Gabe) 30 M, N. N. 5 M; ferner **Monatsbeiträge** von: P. E. Küter 50 M, W. Herrmann, Generalagenturen, 25 M, den Badischen Lederwerken, Karlsruhe-Mühlburg, 50 M, Bankdir. O. Gugenheim 25 M, Geschwister Baer 10 M, Pfannkuch u. Co. G. m. b. H., 200 M, Peter Renner 10 M, der C. F. Müllerschen Hofbuchhandlung m. b. H. 100 M; dem **Bankhaus Straus u. Co.** (f. Okt.) von: Frau Berta Gutmann Wwe. 25 M, Kom.Rat Dr. M. A. Straus 500 M, Dr. R. Stein 100 M, Leonore Schnurmann 50 M, Anneliese Schnurmann 50 M, Frau Rosa Heilbronner 50 M, Dr. M. Straus 200 M, M. Goldberg 100 M, Emilie Auerbach 20 M, Ferdinand Marum 20 M; der **Rheinischen Kreditbank — Filiale Karlsruhe** — von: Präsident Dr. von Engelberg, Exz., 300 M, Frau Geh. Hofrat Dr. Helene Arnold 50 M, Frau Geh. Hofrat Dr. C. Blum (f. Okt.) 50 M, Oberrevisor Lederle (w. G.) 30 M, Frau Fanny Wolf 5 M; ferner **monatliche Gaben** von: Staatsminister a. D. Frhr. Dr. Heinrich von Bodman, Exz., 100 M, Freifrau Karoline von Göler geb. Freiin von Gayling 100 M, Freifrau W. von St. André, Königsbach, 100 M, Prof. Dr. Ludwig Arnsperger 50 M, Dr. Rich. Behrens 25 M, Zeichenlehrer Emil Bender 10 M, Berg u. Strauß 100 M, Major C. von Frisching 50 M, Frau Emma Levis 50 M, Geh.Rat E. Nußbaum 50 M, Hofrat Prof. Heinrich Ordenstein 50 M, Prof. Hans von Volkmann 30 M; der **Badischen Bank** (weitere Gaben) von: Dr. Th. Längin 15 M, Geh. Hofrat Dr. Alfons Benckiser 100 M, Baronin Digeon von Monteton 50 M, General d. Inf. K. Dürr, Exz., 100 M, Frau Prof. A. Blankenhorn Wwe. 100 M, dem Deutsch-österr. Alpenverein, Sekt. Karlsruhe, 150 M, Frau Hauptm. M. von Bayer-Ehrenberg Wwe. 50 M, Ludwig Paar 100 M, Staatsrat Dr. A. Kühn 50 M; der **Vereinsbank** von: General der Inf. Isbert, Exz. (w. G.) 35 M; der **Badischen Presse** von: Oberrevisor Fr. Gottlob 3 M; der **Stadtkasse** von: der Badischen Bank — für Monat Oktober — 200 M, Lorenz Rastetter (w. G.) 5 M, Ludwig Mayer (w. G.) 5 M, Rechtsanw. Dr. Fr. Fürst (w. G.) 50 M, Heinr. Bauer (w. G.) 100 M, Siegfr. Stern, Priv., 30 M, Geh. Rat Dr. Bunte (f. Sept. u. Okt.) 200 M, Rud. Herrmann (w. G.) 20 M, R. K. (w. G.) 10 M, Karl Rogge (w. G.) 10 M, E. H. (w. G.) 25 M, Reichsbankdir. A. Dietz 100 M, Dr. med. Clauß 50 M, M.d.Rat Dr. F. Krumm (w. G.) 50 M, Oberbürgermeister Siegrist (f. Okt.) 50 M, Rechn.Rat Felix Spiegel (f. Okt.) 6 M, Hermine Ritzhaupt, Hauptl. 10 M, Julius Emele, Oberzeichenlehrer, 6 M, Frau Prof. T. Lang (f. Okt.) 10 M, Oberrevis. Jak. Weber (f. Okt.) 10 M, Albert Hartmann (f. Okt.) 10 M, Berta Miller, Lehrerin, 1 M, Rechn.Rat Christ. Dittes 10 M, Kriegsger.Rat Traumann (überreicht durch die Bekl.Stelle) 25 M, Minister a. D. Dr. Hübsch, Exz. (w. G.) 50 M, O.L.Ger.Rat Fürst (w. G.) 50 M, Armgart Hauser (f. Okt. u. Nov.) 20 M; ferner von N. N. (überreicht durch das Grundbuchamt) 70 M. — Im Wege freiwilliger Gehaltsabzüge (je hälftig für das Rote Kreuz und die Familienunterstützung bestimmt) gingen im Monat **Oktober** ein von: Reichsbeamten 76,50 M, Staatsbeamten 561,50 M, Lehrern (einschl. Mittelschulen) 348,40 M, städtischen Beamten 251 M, zusammen 1237,40 M. — Ferner gingen als fortlaufende **monatliche** Gaben im Monat **Oktober** ein von: Seiner Großh. Hoheit dem Prinzen Max und Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Max 500 M, N. A. Adler 50 M, der Brauereigesellschaft vorm. K. Schrempp 100 M, Dr. Dürklin, Exz., 300 M, L. J. Ettlinger 100 M, Ludwig Ettlinger, Kaufm., 40 M, H. Fuchs Söhne 150 M, Geschw. Gutmann 25 M, Gebr. Hensel 50 M, Geschw. Knopf 500 M, Gebr. Leichtlin 100 M, Louis L. Stern u. Co. 150 M, der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe 250 M, Zahnarzt A. Münzesheimer 50 M, der Brauereigesellschaft S. Moninger 200 M, Neu u. Pirsch 30 M, der Brauerei A. Printz 100 M, J. Ritgen 50 M, Johannes Schlaile, Pianolager, 30 M, der Eisengießerei F. Seneca 50 M, Buchdruckereibesitzer F. Thiergarten 100 M, Hermann Tietz 250 M, Walder u. Rank 100 M, K. H. Wimpfheimer 300 M, J. Würzburger, J. Hense Nachf., 30 M, Bernhard Würzburger 50 M, Kom.-Rat Fr. Hoepfner 100 M, der Mühlburger Brauerei, vorm. von Seldeneckische Brauerei 100 M, Fabrik. Albert Mändle 20 M, Fabrikant Louis Maier 20 M, der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhefe-Fabrikation vorm. G. Sinner 300 M, J. Bähr, Eisenwaren, 10 M, Vogel u. Schnurmann 150 M, O.Ing. Adolf Görger 20 M, der Rhein. Asphalt- u. Zementplattenfabrik, G. m. b. H. 2 5 M, der Karlsruher Parfümerie- u. Toiletteseifenfabrik F. Wolff u. Sohn, G. m. b. H. 250 M, Franz Ade 10 M, Joh. Arnold 1 M, O.Geom. E. Boyer 25 M, Apoth. J. Becker 20 M, Wilh. Beisel 1 M, Heinr. Berger 5 M, Privatiere J. Bleuler 30 M, Ernst Blum Wwe. 1 M, Pflästerermeister Fr. Braun 5 M, Kom.-Rat G. Bunz 10 M, Bankbeamt. H. Buser 3 M, Archi. Curjel 150 M, Frl. J. u. C. Delorme 1 M, F. Diehm 1 M, der Südd. Diskontogesellsch. 150 M, Dir. Ludwig Dill 10 M, Kaufm. Paul Distelhorst 2 M, Frl. Maria Ducca 2 M, Dir. Dr. Erhardt 10 M, Hans Edelmann, Wirt, 5 M, Zeicheninsp. H. Eyth 5 M, Augenarzt Dr. Ellinger 20 M, J. Fees Wwe. 2 M, der Buchdruckerei „Fidelitas" 5 M, Frl. B. Flattau 1 M, Kanzl.Rat D. Frank 10 M, Gen.Insp. K. Frentzen 10 M, O.Baurat Fuchs 45 M, Rechtsanw. Fuchs 50 M, J. van Gorkom 3 M, Gebr. Hagenauer 10 M, Kaufm. Wilh. Heinert 2 M, Kaufm. Waldemar Hinze 1 M, Fabrik. Ulrich Hof Wwe. 10 M, Gg. Hummel 5 M, Fr. Calmbach 10 M, Frau Kambeitz 1 M, Ing. H. Kauffmann 6 M, Frl. Maria Kiefer 10 M, dem Kaiser-Kinematographen 2 M, Dir. R. Kimmig 35 M, Kaufm. Emil Klay 20 M, B. Koßmann, Baurat, 20 M, Frau Kühlenthal, Oberst-Wwe. 20 M, Med.Rat Kusel 5 M, Verw. Langenstein 3 M, Kaufm. Fr. Leppert 5 M, Reg.Baumstr. Linde 30 M, Geh. Reg.-Rat Mallebrein 12 M, Rechtsanw. Dr. Marx 10 M, Prof. Dr. Aug. Marx 25 M, Frau Kassier L. Maurer 1 M, J. Th. Meyer 20 M, Kaufm. Frz. Meißner 2 M, Stadtrat J. Mößth 20 M, Kom.-Rat K. Moninger 25 M, Josef Neumaier 5 M, Kaufm. R. Pabst 25 M, Fr. Printz, Priv.Wtwe., 120 M, Frau Lok.Führer Ritter 3 M, Fabrik. Rob. Rees alt 130 M, Gervas Rudmann 1 M, Joh. Schäffler, Assist., 2 M, Math. Schneider 3 M, Schönberger Wwe. 1 M, Just. Seufert 2 M, Rechn.Rat Sickinger 3 M, Dr. Josef Schmidt 5 M, Bäckermstr. J. Stübinger 5 M, Geschw. Traub 4 M, Friedr. Völker 1 M, Jul. Wachenheimer 10 M, Wilh. Weber 2 M, Zahnarzt R. Weigele 5 M, Rechn.Rat Weyrether 5 M, Mina Weißenberger 2 M, Friedr. Weber 1 M, H. Werner 5 M, Frl. Berta Widmer 3 M, Optiker Willer 20 M, Baurat a. D. Williard 30 M, Prof. Wittmann 3 M, Geh. Kom.Rat Fr. Wolff 50 M, Chemiker Dr. E. Wundt 10 M, Karl Würth 1 M, Bankbuchhalte Zimmer 4 M, O.Rechn.Rat Chr. Zimmermann 20 M.

Ferner der Erlös aus freiwilligen Spenden (3. Vierteljahr) von der Kriegsfürsorge **Beiertheim** 803,11 M, desgl. von der Kriegsunterstützungskommission **Rüppurr** 156,50 M.

Seit 1. Januar 1918 sind nunmehr gespendet worden 159 289,43 M. 5786

Wir danken hierfür herzlich und bitten um weitere Spenden!

Karlsruhe, den 20. November 1918.

Für den Stadtrat:
Die Kriegsunterstützungs-Kommission.

Weinabschlag.

1918 Weisswein M **4.00**
Alter Weisswein M **5.20**
(Heiligensteiner)
Alter Rotwein M **6.60**
(Rappoldsweiler)
Die Steuer ist bei diesen Preisen **mit inbegriffen.**

Versand auch in Fässern, welche einzusenden sind.

C. L. Sickinger.
Marienstrasse 35. 5787
Telefon 1406. Telefon 1406.

Email-Geschirre
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 4692
Geschirr-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421.

Wohnung zu vermieten.
Kaiserstraße 21, Hinterhaus 3. Stock, ist eine **3-Zimmerwohnung** mit Zubehör auf 1. Dezember zu vermieten. 5825
Brauerei Sinner
Grünwinkel.

Ein Damen- u. Rockschneider
wird gesucht bei 5826
Jaeschke, Kaiserstraße 203.

Frau od. Mädchen
für Hausarbeit und kochen
gesucht.
Zahnarzt Mahlbacher
Schützenstraße 7. 5829

Jeder Dame,
welche ihr ausgefallenes Haar einsendet, fertige schöne Zöpfe, Haarketten, Puppenperücken usw. billigst an. Defekte Haararbeiten werden repariert billig.
Karl Mösch, Friseur
Aue bei Durlach. 5603

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr. 5531
Gute
Pelzgarnituren
Mk. **56.**— an
Plüschgarnituren
in großer Auswahl.
Den ganzen Tag offen.

Mandolinen, Gitarren,
Zithern, Ziehharmonikas,
kauft 5049
Levy, An- u. Verkaufsgeschäft,
Markgrafenstraße 22